

Sozialdemokratischer Pressedienst

Verleger und Chefredakteur:
Eric Nifringhaus, Berlin.
Telefon: Amt Berlin 4193-4200



Redaktion für Verlag und Schriftleitung:
Berlin SW 61, Zella-Wilms-Platz 6
Druckverlag: Copeland

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Inhalt ist nur auf Grund besonderer Genehmigung gedruckt. Abnahme beträgt 4 Bogen
nur beim Druckverlag, wenn nicht anders beschieden ist. Abzugspost für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 12. Oktober 1929

Schreckensurteile und Kommunistenstun

(Von unserem Orientkorrespondenten.)

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Haifa, im Oktober (Eig. Bericht)

Das Charakteristikum der Situation in Palästina ist allgemeine Zerfahrenheit und Fortdauer der Nervosität. Alle Beteiligten sind sich zwar dessen bewusst, dass eine Änderung der vor dem Pogrom bestehenden Situation unmöglich ist und dass Juden wie Araber weiter genötigt sein werden in der bisherigen Bevölkerungsproportion unter der Herrschaft Englands zu leben, dessen Entschlossenheit das palästinensische Mandat zu behalten überall als unabänderlich gilt. Trotzdem wird von keiner Seite etwas ernsthaftes getan, dieser Tatsache Rechnung zu tragen.

Das Bemühen der englischen Verwaltung Palästinas ist offensichtlich einzig und allein auf die Wiederherstellung der englischen Autorität gerichtet und findet seinen Ausdruck im Bemühen, die Heisssporne auf beiden Seiten zu zügeln und in strengen Urteilen gegen die arabischen und jüdischen Akteure der Kämpfe. Das Hauptorgan der jüdischen Chauvinisten der "Doar Hajom" wurde wegen eines wüsten Hetzpoems auf zwei Wochen, drei arabische Zeitungen wurden wegen Verbreitung falscher Nachrichten auf unbestimmte Zeit verboten.

Die ausschliesslich unter der Leitung englischer Funktionäre stehenden Spezialgerichte arbeiten mit Hochdruck und haben eine Reihe schwerer Strafen verhängt. Hierbei tritt die Tendenz zu Tage, die jeweilige Majorität vor Angriffen gegen die Minorität abzuschrecken. Infolgedessen fallen die Urteile gegen die Juden dort härter aus, wo die Araber in der Minderheit sitzen und umgekehrt. Besonderes Aufsehen und Erregung hat das Urteil gegen 35 Einwohner des bei Haifa gelegenen Dorfes Tireh hervorgerufen. Sie waren beschuldigt, einen Angriff auf Haifa geplant zu haben, der nur durch die Intervention eines englischen Fliegers verhindert wurde. Sämtliche Angeklagten wurden zu je fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Ein Versuch gegen das Urteil durch einen dreitägigen Streik der arabischen Geschäfte zu protestieren, wurde von den lokalen Behörden durch die Drohung unterbunden, den Ladeninhabern die für die Führung des Geschäftsbetriebes nötige Lizenz auf einen Monat zu entziehen. Jedoch dauer der Boykott gegen jüdische Geschäfte namentlich in Jerusalem weiter fort. Der Versuch den Kriegszustand durch eine Fühlungnahme zwischen jüdischen und arabischen Führern zu liquidieren, hat bis jetzt nur teilweisen Erfolg gehabt. Das Verdienst, die Initiative in der Boykottfrage auf jüdischer Seite ergriffen zu haben, gebührt den jüdischen Arbeiterorganisationen, auf deren Veranlassung sich der Jüdische Nationalrat, die politische Vertretung der palästinensischen Juden, gegen den Boykott ausgesprochen hat.

Eine ebenso traurige wie närrische Rolle spielen in der ganzen Angelegenheit die palästinensischen Kommunisten. Sie haben ursprünglich gegen die Parole, dass die palästinensischen Unruhen eine revolutionäre Bewegung der Fellachen gegen ihre jüdischen Ausbeuter sind, mit schwächlichen Protesten reagiert. Nach kommunistischer Gepflogenheit haben sie allmählich auch diese Pille ge-

schluckt und auf höheren Befehl eine Propaganda eingeleitet, nach der auf jüdischer Seite grosse Arabermassakres veranstaltet worden sind. In einer von der Polizei im Staate aufgehobenen Geheimversammlung ist bei den Teilnehmern für eine Greuelpropaganda in der europäischen Presse bestimmtes Material aufgefunden worden. Das Verhalten der Kommunisten hat unter der übrigen jüdischen Arbeiterschaft grosse Erbitterung hervorgerufen und es ist im Anschluss daran wiederholt zu Zusammenstößen gekommen. Bei einem Versuch im Kino des jüdischen Arbeiterheims Aufrufe zu verteilen, in denen gewerkschaftlich organisierte Arbeiter der Spitzeldienste für die Polizei beschuldigt wurden, ist ein Kommunist beinahe gelyncht worden. Er konnte von der Polizei nur mit Mühe in Sicherheit gebracht werden.

Inzwischen geht der Kampf um die politischen Positionen weiter. Trotz ihrer eifrigen Bemühungen werden weder Juden noch Araber hierbei grosse Erfolge für die Erfüllung ihrer Sonderwünsche aufzuweisen haben. Ein Artikel Winston Churchills, der die palästinensischen Ereignisse in kausalen Zusammenhang mit den Vorgängen in Aegypten bringt und der selbst die gemässigte Politik der Arbeiterregierung im Mittleren Osten als zu radikal bezeichnet, hat hier wie eine kalte Dusche gewirkt und die beiderseitigen Hoffnungen auf radikale Veränderungen des bisherigen Zustandes geknickt.

Nichtsdestoweniger beabsichtigt auch das Arabische Exekutivkomitee den zionistischen Bemühungen in London entgegenzuwirken. Zwei seiner Mitglieder Sidky al Dadschani und Mussa Kiassim Pascha werden sich demnächst nach London begeben. Ein prominenter Führer der palästinensischen Araber befindet sich bereits seit Beginn der Wirren in der englischen Hauptstadt, um einer arabischen Aktion durch eine Presskampagne den Boden vorzubereiten und es heisst, dass die Attacke der Rothermerepresse gegen die englische Mandatspolitik im Mittleren Osten auf seinen Einfluss zurückzuführen ist.

SPD. Den Bestrebungen bürgerlicher Parteien, bei den bevorstehenden Kommunalwahlen eine Einheitsfront gegen die Sozialdemokratie zu bilden, hat sich neuerdings auch der Verband der Preussischen Landgemeinden, Kreis Lebus, angeschlossen. Das Organ des Landbundes für den Kreis Lebus berichtet darüber in seiner Nr.39:

"...Für die diesmalige Kreistagswahl haben sich zu einer Einheitsliste zusammengeschlossen: Die deutschnationale Volkspartei, die deutschvölkische Freiheitsbewegung, die Volkspartei, die Wirtschaftspartei, der Kreisgewerbeverein, der Gewerbeverein Fürstenwalde, der Gewerbebund des Oderbruchs (Lettschin), Gewerbeverein Müncheberg, der Haus- und Grundbesitzerverein des Kreises, Vertreter der Beamtenschaft und Angestellten, Verband der Preussischen Landgemeinden Kreisabteilung Lebus, der Stahlhelm und der Landbund. Der Zusammenschluss ist erfolgt unter dem Namen "Heimatliste für Stadt und Land". Wir sehen also, dass sich die breiteste Front auf dieser Liste zusammengefunden hat."

Der Landgemeindevorband, Kreis Lebus, befindet sich danach in einer wirklich reizenden Gesellschaft von Putschisten. Ist der Leitung des Preussischen Landgemeindetages diese Gemeinschaft bekannt? Was gedenkt der preussische Innenminister gegen den Skandal zu unternehmen ?

SPD. Paris, 12. Oktober (Eig. Drahtb.)
In der Finanzkommission der Kammer kam es bei der Diskussion der Steuerermässigungen für das Finanzjahr 1930 zu einer sehr scharfen Kontroverse zwischen dem Berichterstatter der Kommission und dem Finanzminister.

Der Entwurf des Berichterstatters veranschlagt den Budget-Überschuss für

das Jahr 1930 auf 2 600 Millionen Franken. Die neuen Steuerermässigungen sollen nach seiner Rechnung etwa drei Milliarden Franken betragen. Finanzminister Chéron äusserte heftigen Widerspruch gegen diesen Vorschlag und erklärte, dass das Budget höchstens eine Steuerermässigung im Gesamtmass von 1 300 Millionen Franken vertragen könne. Infolge Erhöhung der Gesamtausgaben und der bereits bewilligten Steuerermässigung weise das Budget in diesem Jahre ohnehin ein Defizit von etwa 620 Millionen Franken auf. Dieses Defizit sei allerdings durch die Mehreinnahmen der ersten neun Monate über die Voranschläge leicht gedeckt. Es sei jedoch unmöglich auf dem Wege der Steuererleichterungen weiter zu gehen, zumal in diesem Jahre auch beträchtliche Summen für öffentliche Arbeiten beansprucht würden.

Der Entwurf des Berichterstatters wurde schliesslich mit zehn gegen zehn Stimmen abgelehnt. Der Berichterstatter erneuerte daraufhin seinen Vorschlag, bewertete jedoch die Überschüsse um etwa 300 Millionen Franken weniger. In dieser Fassung wurde sein Entwurf mit zehn gegen acht Stimmen angenommen, trotz dem der Finanzminister vor der Abstimmung erklärte, dass er im Falle der Annahme des Entwurfs an das Parlament appellieren werde.

SPD. Der Hitlerabgeordnete des bayerischen Landtages Julius Streicher, der zu den skrupellosesten Agitatoren der Hakenkreuzler zählt und schon wiederholt wegen verleumderischer Beleidigungen zu längeren Gefängnisstrafen verurteilt wurde, hielt im Münchener Bürgerbräukeller eine neue Hetzrede. Darin sagte er u.a. :

"Man darf sich nicht über den frühen Tod Stresemanns wundern, denn bei einem so guten Leben, wie es Stresemann geführt hat, kommt der Tod immer früher. Die Kopfbildung Stresemanns ist der Schlüssel zu seinem Handeln. Das Monogolengesicht hat die Verschlagenheit offen kund getan. Er wird jetzt als grosser Europäer bezeichnet, aber das ist gleichbedeutend mit Verräter und Werkzeug der Juden. Der Jude ist seit urdenklichen Zeiten geborener Verbrecher. Wer in der Republik den Nachweis erbringt, dass er ein Gauner ist, der kann Minister werden, vielleicht später, wenn einmal der Präsidentenstuhl frei ist, auch Reichspräsident. Erzberger und Rathenau sind nicht ermordet, sondern getötet worden. Die Täter sind aber keine Mörder, sondern ganze Kerle."

In ganz München hat sich bisher weder ein Polizeibeamter noch ein Staatsanwalt gefunden, der gegen diese Aufreizung eingeschritten bzw. vorgegangen wäre. Das Beispiel dieses gemeinen Lumpen Streicher zeigt, wie notwendig die Verabschiedung des neuen Republikschutzgesetzes ist.

SPD. New York, 12. Oktober (Eig. Drahtb)
New York steht gegenwärtig vor der Bürgermeisterwahl. Drei Parteien streiten um die Siegespalme, obgleich der Ausgang zu Gunsten der demokratischen Partei, die New York von jeher als ihre unbestrittene Demäne betrachtet, kaum zweifelhaft sein kann.

Die Gegner des gegenwärtigen demokratischen Bürgermeisters sind das Mitglied des Bundeskongresses, La Guardia, für die republikanische Partei, und Norman Thomas für die sozialistische Partei, die sich die gigantische Aufgabe gestellt hat, den Wähler der reichsten Weltstadt aus seiner Wahllethargie aufzuwecken und ihn zu sozialistischen Verwaltungsprinzipien zu bekehren. Man darf bei der ungeheuren Bedeutung New Yorks im politischen und wirtschaftlichen Bilde Amerikas, ja vielleicht der ganzen Welt, nicht vergessen, dass es nicht nur um eine blosse Stadtverwaltung geht, sondern um die Frage, wer gerade in dieser Stadt, die den vollendeten Ausdruck des modernen Kapitalismus und seinen heutigen Höhepunkt bildet, zu sagen haben soll. Also eine reine Machtfrage, um

Diese europäischen Fernverbindungen erfordern ein ausgesuchtes Personal, Aber die grösste Schwierigkeit des Dienstes tritt immer dann in Erscheinung, wenn transatlantische Verbindungen mit ihren hohen Kostensätzen angefordert werden. Man hat diesen Spezialdienst ganz besonders geeigneten Beamten zugewiesen, die viele Vorrichtungen zu gleicher Zeit übersehen müssen, um während der kurzen Gesprächszeit störende Einwirkungen beseitigen zu können: Geräusche unterbinden, die Stärke des Senders richtig regulieren, den ankommenden Strom auf eine entsprechenden Höhe halten! - Die andere Seite dieser differenzierten Arbeit erfordert eine ganz individuelle Behandlung des Sprechers selbst, der in nicht seltenen Fällen erst gleichsam mit Detektivinstinkten als Empfänger klient aufgesucht werden muss. Ruhe, Geduld und der dazu gehörende Spürsinn sind nur einige wichtige Eigenschaften dieses Berufes. Ein abenteuerlicher Fall ereignete sich kürzlich bei der Suche nach einem aus Amerika angerufenen Kaufmann, der bereits zwei europäische Städte verlassen hatte und endlich in Berlin für den Anrufer ausfindig gemacht wurde.

Die grossartige Zweckmässigkeit der modernen und technisch vollendeten Organisation von Material und Menschen im neuen Berlin Ferramt-Hochhaus hat auch in durchdachter Sachlichkeit für den besten Schutz und die Erhaltung der menschlichen Gesundheit gesorgt. Speisen die eignen Kraftanlagen unabhängig von allen Zufällen das ganze Werk mit Wärme und Elektrizität, so sorgen in gleich wichtiger Entfaltung eine Reihe sozialhygienischer Einrichtungen für das Wohlbefinden der 200 männlichen und über 1400 weiblichen Angestellten. Gleichsam als Teile eines grosstädtischen Sanatoriums wirken in überraschender Freundlichkeit das helle Krankenzimmer mit dem anschliessenden Bad, die grossen Ausruheräume mit ihren Liegevorrichtungen und inmitten der Dachgärten die eingebaute hallenförmige Kantine.

Das Katapultflugzeug.

SPD. Bei der Rekordfahrt der "Bremen" ist viel die Rede gewesen von dem sogenannten Katapultflugzeug. Unter Katapulten verstand man im Altertum Wurfmaschinen, die Geschosse auf Grund der Torsionskraft, d.h. der Kraft, die bei der spiralförmigen Aufdrehung eines Seiles entsteht, fortschleuderten. Mit diesen Katapulten, die von zwei Mann bedient wurden, konnten Geschosse von etwa hundert Pfund Gewicht drei- bis vierhundert Meter weit geschleudert werden.

Heute verwendet man selbstverständlich zum Antrieb Maschinenkräfte, und zwar Druckluftzylinder. Das Katapult, das sich auf der "Bremen" zwischen den beiden Schornsteinen auf dem Sonnendeck befindet, besteht aus dem Schienenträger, dem Startschlitten und der Beschleunigungsvorrichtung. Der Schienenträger dient als Ablaufbahn für den Startschlitten; damit das Flugzeug jederzeit gegen den Wind starten kann, ist er nach allen Seiten drehbar. Der Schlitten selbst gleitet auf dem Schienenträger mit Hilfe von vier Gleitschuhen. Die Beschleunigungsvorrichtung besteht vor allem aus einem Pressluftzylinder und ist durch ein Zugseil mit dem Vorderende des Schlittens verbunden. Das Zugseil zieht den auf dem Schienenträger befindlichen Startschlitten nach vorn, nachdem auf diesem das Katapultflugzeug befestigt worden ist.

Das Flugzeug ist 1 Meter breit und wiegt ohne Ladung 2550 Kilogramm, wozu noch eine Nutzlast von 980 Kilogramm kommt. Die Höchstgeschwindigkeit beträgt 215 Stundenkilometer. Das Maximalfluggewicht für Flugzeuge, die mit dem Heinkelkatapult abgeschleudert werden können, beträgt etwa 3500 Kilogramm. Die Beschleunigungsstrecke des Katapults ist 20 Meter lang; wenn der Schlitten am Ende der Gleitbahn angelangt ist, so wird er automatisch abgebremst, während das Flugzeug ebenso automatisch seine Befestigung auf dem Schlitten gelöst hat und mit eigener Kraft weiterfliegt. Um das abgeschossene Flugzeug wieder vom Wasser

aufnehmen zu können, befindet sich an beiden Seiten des Sonnendecks je eine Krananlage.

Bevor man übrigens das Heinkelkatapult auf der "Bremen" praktisch verwendete, hat man auf der Ostsee zwei Jahre lang auf einem Schwimmdock zahlreiche Probeflüge ausgeführt.

Herbst im Industrieland.

SPD. Der Park ist farbenglühend wie ein schöner Traum. Rot, gelb und grün, Braun und gelblich-grün tönen die Farben zusammen zu einer reichen, frohen Symphonie. Und die Sonne strahlt vergoldend über all dieser Pracht, sodass jedes einzelne Blatt ein Kunstwerk zu sein scheint. An einem solchen Tage ist der Herbst nicht traurig. Da breiten sich die gefallenen Blätter raschelnd um die Füße, leuchtendem Golde gleich, in dem all die vergangene Sommerglut gefangen ist. Wenn die Menschen die gefallenen Herbstblätter mit Teppichen vergleichen, wie ist dieser Vergleich doch arm! Nie kann ein Teppich von so herber Schönheit sein; nie kann er uns seine Märchen ins Ohr rauschen, wie es die bunten, gesunkenen Blätter tun.

Die Luft ist schwer von herben Düften. Die Erde sendet sie aus und die welken, raschelnden Blätter. Und diese Schönheit, die so reif und ruhig ins Vergehen fließt, lässt auch die Menschen, die sie umfängt, sicher, ruhig und froh sein.

Am Bette des Kanals endet der Park. In hohem Bogen schwingt sich kühn und doch wieder zierlich fein eine Brücke ans andere Ufer und führt hinüber aus dem frohen Herbstbunt in das graue Leben des grossen Eisenwerks. Räder der Maschinen rattern. Die Scheren kreischen durch das rote Eisen, das glühend, gleich tückischen Schlangen durch die Walzen gelaufen ist. Hochöfen geifern Glut und Dunst den Menschen ins Gesicht. Irgendwo verzischt Wasser zu weissem Dampf, und schwere Schritte poltern über Eisenplatten. Die Menschen hier wissen nichts von dem ruhigen, sonnenschönen Herbst, und nichts davon, wie froh dieser Herbst macht. Ihre Gesichter reden von harter Arbeit und zeigen kaum einen Schimmer Feierabendfreude; so müde sind sie.

Ueber der schrillen Dissonanz von Park und Werk aber verblutet jetzt die Sonne, wie ein rotes Zeichen des Aufbruchs in dem frühen Herbstabend.

Friedl Gericke-Widera.

Der alte Arbeiter.

SPD. Ein sechsundsechzigjähriger Möbeltischler, der vierzig Jahre lang in einer Möbeltischlerei beschäftigt war, klagt vor dem Arbeitsgericht auf Zahlung einer Entschädigung von 1400 Mark. Man hatte ihm eines Tages ganz unvorbereitet den Zettel mit der Kündigung in die Lohntüte gelegt und betrachtete den Fall damit als erledigt. Obwohl der alte Mann nach Aussage seiner Kollegen alle vorkommenden Arbeiten zur Zufriedenheit ausgeführt hatte, war er schon seit Jahren aufgrund seines vorgerückten Alters unter Tarif bezahlt worden, weil er nicht mehr so rasch arbeiten konnte wie die jüngeren Kräfte.

Der Syndikus des Arbeitgeberverbandes schildert die Geschäftslage der beklagten Firma in den schwärzesten Farben, zwölf Jahre lang sei überhaupt nichts verdient worden. In den letzten Jahren habe man sogar immer Kapital zugesetzt und verloren. Eine Verurteilung der Firma werde unweigerlich die Stilllegung des Betriebes zur Folge haben. Zu allem Ueberfluss muss der alte Mann auch noch völlig unbewiesene Behauptungen von der Minderwertigkeit seiner Arbeitsleistung,

von nicht näher bezeichneten angeblichen Beschwerden der Kundschaft über seine Leistungen bei Montagearbeiten ausser dem Hause mit anhören. Kein Mittel wird gescheut, um seine Ansprüche herabzudrücken. Die schlechte Rentabilität eines unmodern gewordenen Betriebes, dessen Inhaber kein Fachmann ist, aber offenbar zu seinem Privatvergnügen zwölf Jahre hindurch langsam, aber sicher sein Geld verlieren soll, wird immer wieder dem alten Arbeiterstamm zur Last gelegt. (In Wirklichkeit werden wohl andre Gründe an dem Rückgange des Geschäftes schuld sein).

Der Streit endet mit einem kümmerlichen Vergleich: 21 Wochen lang zahlt die Firma eine sogenannte Prämie von 15 Mark. Das gibt vielleicht zusammen mit Erwerbslosenunterstützung und Invalidenrente für sechs Monate ein bescheidenes Existenzminimum. Wenn dann aber bald danach die Erwerbslosenfürsorge aufhört? Dann bleibt wie bei zahllosen Leidensgenossen die Invalidenrente als einziges Ergebnis eines arbeitsreichen Lebens, um günstigsten Falle die Unterstützung von Kindern, die meist selber nicht wissen, wie lange sie diese Hilfe durchführen können.

Hilde Walter.

SPD. Die unliterarische Türkei. Im Anschluss an die Veröffentlichung einer Statistik, nach der im vergangenen Jahre in Deutschland 24.000 neue Bücher erschienen sein sollen, beklagt das Hauptorgan der Angoraregierung, die "Hakimietimillé", dass im gleichen Jahre in der Türkei noch nicht einmal 24 neue Bücher erschienen seien. Ohne Zweifel bestünde besonders bei den jungen Türken ein grosses Bedürfnis nach neuer türkischer Literatur, aber obwohl die Türkei Hunderte anerkannter Literaten besitze, scheuten die Verleger vor der Herausgabe neuer Bücher zurück. In der Sache kann der Zeitung unbedingt beigespflichtet werden. Seitdem die neue Lateinschrift eingeführt wurde, ist ausser Schulbüchern noch nicht ein Dutzend neuer türkischer Bücher erschienen. Bereits im vergangenen Jahre weigerten sich die Verleger, neue Bücher aufzulegen, denn es war bereits bekannt, dass die in arabischer Schrift gedruckten Bücher vom 1. Januar 1929 ab verboten werden würden, während für lateinschriftliche Bücher bei der durch die Schriftreform eingerissenen Sprach- und Schrift-Unsicherheit nicht genügend Abnehmer zu erwarten sind. In diesem Jahre ist die Unlust der Verleger, Neuausgaben zu riskieren, womöglich noch grösser geworden, nachdem die Lateinschriftschulen ein in einem Fiasko gleichkommendes Ergebnis gezeitigt haben. Die Lateinschrift haben durchweg nur solche Türken "erlernt", die schon eine ausländische Sprache beherrschen, d. h. mit der Schrift schon vertraut waren, oder Beamte, die die Schrift im Dienst verwenden müssen, aber als Käufer von Büchern bei ihrer minimalen Bezahlung nicht in Frage kommen. Diesen Grund lässt das amtliche Blatt natürlich nicht als Erklärung der Zurückhaltung der Verleger gelten: vielmehr wird diesen unzeitgemässe Geschäftsgebarung und unangebrachte Furcht vor Eingehen eines Risikos zum Vorwurf gemacht.

SPD. Krankheiten als Wetterpropheten. Es ist bekannt, dass Leute, die an Gicht leiden, einen Wetterumschlag schon tagelang vorausspüren. Man hat auch näher zu ergründen versucht, wie das zusammenhänge. Bei der Untersuchung von einigen hundert Patienten wurde nun festgestellt, dass sich meist die Gichtschmerzen vermehren, je niedriger der Barometerstand wird, und dass sie nachlassen, wenn das Barometer wieder steigt. Wahrscheinlich wirkt der Luftdruck auf den Blutumlauf ein, bzw. auf die Zuführung des Blutes zu den Gelenken. Der Leidende trägt also ein lebendiges Barometer bei sich, und während der Gesunde aus dem Verhalten seines Wetterglases auf etwa bevorstehende Regenwetter schliesst, kann der Gichtische dieses vorausfühlen.

SPD. Der Reichsausschuss der Deutschen Volkspartei hat am Montag einen Aufruf gegen die Infamie und das "frivole Spiel" der Hugenberg-Söldlinge beschlossen, in dem es u.a. heisst:

"Das deutsche Volk ist einig in der Ablehnung der Kriegsschuldflüge. Jede deutsche Regierung, auch der Reichspräsident von Hindenburg und der Reichsaussenminister Dr. Stresemann haben die Behauptung, Deutschland sei schuld am Weltkriege, mit Entrüstung zurückgewiesen. Der Kampf gegen die Schuldflüge wird vom ganzen Volk und den zuständigen Reichsstellen mit allen tauglichen Mitteln fortgesetzt. Das Hugenberg-Volksbegehren rennt somit, wenn es zum Kampf gegen die Schuldflüge auffordert, offene Türen ein. Soweit es aber den Anschein hervorrufen wird, als ob durch ein deutsches Gesetz internationale Verträge ausser Wirksamkeit gesetzt werden könnten, spiegelt es dem deutschen Volke eine Möglichkeit vor, die, wie die Urheber des Begehrens selbst wissen, leider nicht besteht.

Der Young-Plan ist bisher in allen Teilen und in seiner vollen Auswirkung noch nicht zu übersehen. Wichtige Verhandlungen sind noch in der Schwebe. Jedenfalls werden durch den Young-Plan dem deutschen Volke keine neuen Verpflichtungen aufgebürdet, sondern weitgehende Verbesserungen des gegenwärtigen Zustandes gebracht. Es handelt sich um die Fortsetzung der Politik, die mit dem Dawes-Plan eingesetzt hat mit dem Ziel, Erleichterungen in den Verpflichtungen herbeizuführen, für die als Folge des verlorenen Krieges bereits in Versailles und beim Londoner Ultimatum trotz des Widerstandes der Deutschen Volkspartei, deutsche Unterschriften nun einmal abgegeben worden sind. Sehen die Veranstalter des Volksbegehrens denn weiter nicht, dass die Bedeutung des Young-Plans sich nicht im Materiellen erschöpft, dass vielmehr in erster Linie um die endliche Befreiung Deutschlands von fremder Besatzung und um die Abschaffung des jedem deutschen Gefühl unerträglichen fremden Kontrollsystems gerungen wird? Die Männer, die unter Einsatz ihrer ganzen Kraft und unter Aufopferung ihrer Gesundheit diesen Befreiungskampf führen, mit dem Vorwurf des Landesverrats zu bedrohen, ist eine Infamie... für die auch der schärfste politische Kampf keine Entschuldigung bietet.

Die Urheber des Volksbegehrens treiben ein frivoles Spiel mit den heiligsten nationalen Empfindungen und der wirtschaftlichen Not des deutschen Volkes. Der Reichsausschuss erwartet von den Mitgliedern der Deutschen Volkspartei, dass sie das Ihrige tun, um das Volk über den wahren Sinn des Volksbegehrens in seiner nunmehrigen Gestalt aufzuklären, damit es das Spiel durchschaut und ihm ein Ende bereitet."

SPD. New York, 30. Sept. (Eig. Drahtb.)

Im New Yorker Hafen liegt seit einigen Tagen die grösste Privatyacht der Welt, die "Orion", nachdem sie ihre Jungferreise von Kiel nach den Vereinigten Staaten auf dem Umwege über Kuba glücklich bestanden hat. Da deutsche Arbeiter sie gebaut haben, dürfte es sich auch interessieren, wem das neue Schiff, das \$ 1 000 000 Dollar gekostet hat und auf das grosszügigste eingerichtet und ausgestattet ist, eigentlich gehört und womit es bezahlt worden ist. Eigentümer der "Orion", die selbst in den an manche Dinge gewöhnten New Yorker Millionärskreisen Aufsehen erregt, ist der Deutsch-Amerikaner Julius Forstmann, Inhaber der Wollfabriken Forstmann & Hofmann in Passaic, derselben Fabriken, die vor nicht zu langer Zeit viel durch ihre Lohnschikanen und offene Arbeiterfeindlichkeit von sich reden machten. Die zur Verzweiflung getriebenen Leute griffen zu Streiks, die ihnen aber dank der Hilfe der Behörden nur geringe Erfolge brachten, sodass sie geschlagen und gedemütigt nach monatelangem Streik wieder zu ihren Arbeitsplätzen zurückkehren mussten.

SPD. Das Parteiverfahren gegen den kommunistischen Stadtrat Degner-Berlin zieht innerhalb der KPD immer weitere Kreise. Degner antwortete auf die Beschuldigung, Verkehr mit den Gebrüdern Sklarek gepflogen und von diesen direkte oder indirekte Zuwendungen angenommen zu haben, dass er sich nicht mehr schuldig fühle wie andere führende KPD Funktionäre. Er hätte seiner Amter nicht zur Erlangung persönlicher Vorteile missbraucht. Der Spitzenkandidat der KPD bei den Berliner Kommunalwahlen, der Reichstagsabgeordnete Wilhelm Koenen sei zu allerletzt berechtigt, ihm Vorwürfe zu machen, nachdem bekannt sei, dass Koenen vor Jahren zur Einrichtung seiner Wohnung von Barmat Geld erbettelt und erhalten habe, das nur zum Teil zurückgezahlt wäre. Wenn man gegen ihn (Degner) ein Parteiverfahren durchführe, dann müsse das ZK mit derselben Strenge gegen die kommunistischen Stadtverordneten bzw. Abgeordneten Koenen, Gaebel, Letz und Torgler vorgehen.

SPD. Paris, 30. Sept. (Eig.Drahtb.)

In der Nacht zum Montag hat sich in der Nähe von Bordeaux ein schweres Eisenbahnunglück ereignet. Durch Achsenbruch entgleisten 20 Wagen eines Güterzuges und versperreten einem im gleichen Augenblick heranbrausenden Expresszug teilweise den Weg. Etwa 12 Personen erlitten mehr oder minder schwere Verletzungen.

SPD. Im Laufe dieser Woche erscheint die erste Nummer der neuen sozialdemokratischen Wochenschrift "Das freie Wort". (Freie-Wort-Verlag, Berlin SW 68) In ihr erläutert Reichsinnenminister Severing seinen Entwurf zum Republikenschutzgesetz wie folgt :

"Der dem Kabinett zugeleitete Entwurf eines neuen Republikenschutz-Gesetzes unterscheidet sich von dem bisherigen Gesetz dadurch, dass er auf alle verfassungsändernden Bestimmungen verzichtet. Das bedeutet selbstverständlich eine einschneidende Beschränkung der bisher gewährten Verteidigungsmittel. Andererseits bietet die Notwendigkeit zur Schaffung eines neuen Gesetzes zugleich eine willkommene Gelegenheit, um bei der Auslegung des Gesetzes entstandene Zweifelsfragen zu klären und offenbar gewordene Lücken zu schliessen. Im wesentlichen ist jedoch auch der neue Entwurf von dem Gedanken beherrscht, nur da zu ändern, wo es unbedingt nötig ist. Selbst kleinere Unstimmigkeiten und Schönheitsfehler in der Formulierung sind nicht geändert worden; vielmehr sind alle vorgesehenen Verbesserungen auf die Dinge beschränkt geblieben, deren Klärung oder Änderung zur Erreichung des eigentlichen Zweckes des Gesetzes wesentlich ist.

Dem Leser des neuen Entwurfs wird zunächst in die Augen fallen, dass das Gesetz nicht mehr den Charakter eines besonderen Schutzgesetzes zugunsten der Regierungsorgane des Reichs und der Länder trägt. Auf diesen besonderen Schutz ist nach Möglichkeit verzichtet worden. Statt dessen soll im neuen Gesetz jede im politischen Leben stehende Person ohne Unterschied der Richtung oder der Partei dagegen geschützt werden, dass sie bei oder wegen ihrer politischen Tätigkeit Gewalttätigkeiten wider Leib und Leben ausgesetzt wird. An Stelle des Schutzes der republikanischen Behörden tritt damit der Schutz des Politikers schlechthin gegen die sogenannten "schlagenden" Argumente. Reinigung des politischen Kampfes von terroristischen Elementen, gleichviel, auf welcher Seite sie stehen, wird der Zweck dieser Bestimmungen des neuen Gesetzes sein, das dadurch nicht mehr nur polizeiliche, sondern zugleich auch erzieherische Wirkungen zugunsten der Sicherung demokratischer Methoden auch in der Praxis des politischen Parteikampfes, haben dürfte.

Von den wegen ihres verfassungsändernden Charakters fortgefallenen Bestim-

mungen des alten Gesetzes sind in erster Linie der Kaiserparagraph und die Vorschriften über die Auflösung von Vereinen und Versammlungen zu nennen. Der Wegfall des Kaiserparagraphen darf heute in seiner praktischen Wirkung nicht mehr überschätzt werden. Dieser Paragraph hat seine Bedeutung gehabt in den Zeiten, wo gewisse Kreise in Deutschland die Rückkehr des ehemaligen Kaisers noch als ein mögliches und erstrebenswertes Ziel ansahen. Der psychologische Moment für eine Rückkehr des früheren Kaisers nach Deutschland ist indessen längst vorbei. Als einfacher Privatmann und Bürger der Republik, der allen Gesetzen dieser Republik unterworfen ist, wird Wilhelm II. nicht zurückkehren wollen; ganz zu zweifeln von den zahlreichen anderen Gründen, die seine Rückkehr und sein Verbleiben in Deutschland mindestens sehr schwierig machen würden!

Bedeutsamer ist der Wegfall der Vorschriften, welche die Regierungen, insbesondere auch die Reichsregierung, ermächtigen, republikfeindliche Verbände unter gewissen Umständen zu verbieten. Gegen solche Verbände wird in Zukunft nur noch dann mit Auflösung vorgegangen werden können, wenn sie einen strafbaren Zweck verfolgen, mit anderen Worten, wenn die Voraussetzungen des Reichsvereinsgesetzes gegeben sind.

Besonders wichtig sind die Bestimmungen über die Presse. Verfassungsrechtlich bestehen hier keine Schwierigkeiten. Die Pressfreiheit ist in der Weimarer Verfassung zum Unterschied von manchen früheren Länderverfassungen als solche nicht besonders gewährleistet worden und kann deshalb durch jedes einfache Reichsgesetz beschränkt werden. Der Entwurf spricht sich für die Beibehaltung der Bestimmungen des bisherigen Gesetzes aus. Die republikfeindliche Presse - erinnert sei nur an die jüngsten Ergüsse der Zeitung "Das Landvolk" - ist noch immer weit davon entfernt, ihre abweichende Auffassung nur mit legalen Mitteln zu vertreten. Durch Aufforderung zum Hochverrat, planmäßige Verleumdung und Beschimpfung der Republik, ihrer Regierungen und ihrer Symbole wird immer noch in einem Masse Gift in die Bevölkerung gespritzt, wie dies kein Staat, der sich nicht selbst aufgeben will, auf die Dauer ertragen kann.

Kleinere Ergänzungen des Gesetzes zum Zwecke der Beseitigung von Zweifeln und Lücken sind vorgesehen, um die praktische Durchführung mit dem Zweck des Gesetzes in Einklang zu bringen. Urteile höchster Gerichte, in denen offenbare Beschimpfungen der republikanischen Farben, wie sie beispielsweise durch die Bezeichnung schwarz-rot-hühnergelb zweifellos beabsichtigt sind, für straflos erklärt werden, stehen weder mit dem Sinn des Gesetzes, noch mit der öffentlichen Meinung im Einklang. Hier wird durch eine verbesserte Fassung leicht Abhilfe zu schaffen sein. Lücken des Gesetzes haben sich auch insofern gezeigt, als bei Zeitungsverboten sich mehr und mehr die Praxis eingebürgert hat, das Verbot dadurch unwirksam zu machen, dass vom nächsten Tage ab allen Beziehern der verbotenen Zeitung eine andere Zeitung derselben Partei als Ersatz zugestellt wurde. Gegen eine solche offenbare Umgehung des Gesetzes wird man selbstverständlich vorgehen müssen, wenn man die Zeitungsverbote nicht zu einer reinen Farce werden lassen will.

Auf ein offenes Versehen der Gesetzgeber ist es zurückzuführen, wenn sie Zeitungsverbote zwar in allen den Fällen zugelassen haben, in denen gesetzwidrige Angriffe gegen die republikanischen Regierungen und die Symbole der Republik vorgekommen waren, aber nicht dann, wenn eine Zeitung offen zum Hochverrat aufforderte, wie es insbesondere in der kommunistischen und nationalsozialistischen Presse wiederholt vorgekommen ist. Solche Angriffe gegen den Bestand der Republik wiegen selbstverständlich viel schwerer als Beleidigungen der Regierungshäupter oder Beschimpfungen der republikanischen Symbole, und es heisst nur eine offenbare Anomalie des alten Gesetzes beseitigen, wenn man gegen hochverräterische Presseangriffe auf den Bestand des Staates die gleichen Verteidigungsmittel gewährt wie bei der nur wörtlichen Beschimpfung der Republik, ihrer Organe oder Symbole.

Im übrigen sieht der Entwurf an zahlreichen Stellen ganz wesentliche Milderungen gegenüber dem alten vor. Die drakonischen Zuchthausstrafen der in den

ersten Paragraphen enthaltenen Strafvorschriften sind teils verschwunden, teils wesentlich herabgesetzt worden. In der Praxis ist auf lebenslängliches Zuchthaus oder andere langdauernde Zuchthausstrafen doch nicht erkannt worden. Die Strafmilderungen bedeuten also hier lediglich eine Annäherung des gesetzlichen Zustandes an die tatsächlichen Verhältnisse des Rechtslebens.

Schliesslich sei noch darauf hingewiesen, dass das neue Gesetz keine Befristung mehr vorsieht. Man ist sich darüber klar geworden, dass eine Ausserkraftsetzung des Republikschutzgesetzes erst dann eintreten kann, wenn das neue Strafgesetzbuch, das wenigstens die wichtigsten Strafbestimmungen des Republikschutzgesetzes übernehmen wird, in Kraft tritt. Zu welchem Zeitpunkt dies der Fall sein wird, lässt sich heute noch nicht übersehen. Um zu verhüten, dass durch weitere Verlängerungsgesetze immer wieder nutzlose parlamentarische und Verwaltungsarbeit geleistet werden muss, ist deshalb von einer Befristung überhaupt abgesehen worden und dafür vorgesehen, dass durch das Einführungsgesetz zum neuen Strafgesetzbuch das Republikchutzgesetz in dem Augenblick ausser Kraft gesetzt wird, in welchem das neue Strafgesetzbuch in Wirksamkeit tritt.

Es ist anzunehmen, dass die parlamentarische Behandlung des neuen Entwurfs nicht allzu schwierig und zeitraubend sein wird. Das Gesetz will nicht knebeln und keine Meinungsfreiheit einschränken, aber es will den Behörden die Machtmittel verschaffen, um die Republik vor Anschlägen zu schützen, die angeblich nur ein "System" treffen sollen, in Wirklichkeit aber das ganze Volk in neue schwere politische und wirtschaftliche Gefahren treiben.

SPD. Paris, 30. Sept. (Eig. Drahtb.)

Vor Beginn der Kammertagung und des mit Spannung erwarteten Radikalen Parteitages in Reims spielen sich jetzt in den Generaldebatten und Gemeindewahlen der Provinz die Vorgefechte des grossen innerpolitischen Treffens ab. Dabei verdient als bedeutsames Symptom der Durchfall des Innenministers Tardieu gegenüber den vereinigten Linksparteien in den Gemeindewahlen des zu seinem eigenen Wahlkreise gehörenden Städtchens Delle besonders festgehalten zu werden, da er wichtige Rückschlüsse auf die wahre innerpolitische Situation in Frankreich und vor allem auf die Lage der Linksparteien erlaubt.

Tardieu, der in der französischen Innenpolitik eine besondere Rolle spielt seitdem die Bildung einer Briand'schen Linkskoalition nach der Demission Poincarés an seiner Person, um die sich die Rektionären scharten gescheitert waren, hatte es nicht verschmäht die Führung der Wahlkampagne für die Rechtsparteien in Delle zu übernehmen. Er hatte in Delle auch eine aufseherregende programmatische Rede über die innerpolitische Lage gehalten, in der er den Radikal-Sozialen feierlichst den Burgfrieden anbot, die Gründung des Konzentrationskabinetts vorschlug, das von der Rechten bis zur bürgerlichen Linken reiche und, wie er zu verstehen gab, Tardieu selbst zum Führer haben sollte. Das Resultat der vom Innenminister mit solchem Nachdruck betriebenen Wahlkampagne war eine ausserordentliche Überraschung, die als ein schwerer Prestigeverlust der Rechtsparteien aufgefasst wird. Denn während die vereinigten Linksparteien bereits im ersten Wahlgang 12 von 19 Sitzen eroberten, musste sich die von Tardieu geführte Rechte mit drei Sitzen begnügen. In vier Fällen wurde Stichwahl ausgeschrieben. Die Radikal-Sozialen und die Sozialisten kämpften gemeinsam.

Im Generalrat des Moselbezirkes hielt der Kolonialminister Maginot in Vertretung Poincarés eine ebenfalls äusserst bezeichnende Rede, aus der mit Deutlichkeit die tiefe innere Uneinigkeit des Kabinetts Briand herauszuhören war. Maginot erklärte, er verstehe und teile die ernste Beunruhigung der Bevölkerung über die von Briand gebilligte Räumung der dritten Zone, ehe noch die Befestigungsarbeiten an diesem Grenzabschnitt fertiggestellt seien. Aber

die Haager Konferenz habe als Gegenwert des für Frankreich äusserst wichtigen Young-Planes die vorzeitige Räumung der dritten Zone erfordert, obwohl er (Maginot) nicht zu ihnen gehöre, die der Besetzung jeden Wert als strategisches Pfand absprechen würden. Diese deutlich gegen Briand zugespitzten Worte wurden noch übertroffen durch die Erklärung, dass Maginot in der Kabinettsitzung, der von Briand geforderten Massnahme der Räumung nur unter einer Anzahl von Vorbehalten seine Zustimmung gegeben habe.

Eine so unverhüllte Darstellung der Differenzen zwischen den Kabinettsmitgliedern wäre noch vor einigen Wochen unmöglich gewesen. Wenn es heute geschieht, so beweist das, dass das Kabinett selbst keinen allzu grossen Wert mehr auf die Aufrechterhaltung der Fiktion seiner Einigkeit legt.

SPD. Die Montagsitzung des Sozialpolitischen Ausschusses des Reichstags nahm im allgemeinen einen befriedigenden Verlauf. Es gelang, den Paragraphen 2 der Sondervorlage, der die Verlängerung der Anwartschaft für alle unter 45 Jahre alten Arbeitslosen der Lohngruppen 7-11 vorsah, zu Fall zu bringen. Statt dessen wurde ein demokratischer Antrag angenommen, der lediglich für den erstmaligen Bezug von Arbeitslosenunterstützung die Anwartschaft auf 52 Wochen verlängert. Für die Beitragserhöhung um ein halbes Prozent stimmte lediglich die Sozialdemokratie. Zentrum und Demokraten enthielten sich, während alle anderen Parteien dagegen stimmten. Die besondere Beitragserhöhung für das Saisongewerbe wurde einstimmig abgelehnt.

Während im Plenum die erste Lesung stattfand, beschäftigte sich das Reichskabinett mit der durch die Beschlüsse des sozialpolitischen Ausschusses, insbesondere durch die abgelehnte Beitragserhöhung, geschaffenen Situation. Die Deutsche Volkspartei beharrt nach wie vor auf der strikten Ablehnung der Beitragserhöhung, während Zentrum und Demokraten zwar der Beitragserhöhung zustimmen, ihre Zustimmung aber von der gleichen Haltung der Deutschen Volkspartei abhängig machen. Unter diesen Umständen ist der Plan aufgetaucht, die Beitrags-erhöhung auf eine kurzfristige Zeit zu vertagen. Man geht dabei von der Voraussetzung aus, dass der dadurch entstehende Fehlbetrag von 11-12 Millionen monatlich von der Reichskasse getragen wird und dass die Entscheidung über die Beitragserhöhung nach der Erledigung des Youngplanes im Zusammenhang mit der allgemeinen Finanzreform erfolgt.

Für Dienstag vormittag 10 $\frac{1}{2}$ Uhr ist eine Parteiführerbesprechung einberufen worden, in der die Entscheidung fallen wird, ob und mit welchem Inhalt die Reform der Arbeitslosenversicherung vorgenommen werden kann.

SPD. Freiberg, 30. Sept. (Eig. Drahtb.)

Im Freiberger Landfriedensbruch-Prozess wurden am Montag 13 Angeklagte zu der gesetzlichen Mindeststrafe von sechs Monaten Gefängnis verurteilt, sechs Angeklagte sprach das Gericht mangels ausreichender Beweise frei. Sämtlichen Verurteilten wurde eine dreijährige Bewährungsfrist zugebilligt. Drei von ihnen müssen eine Geldbusse von 500 bzw. 200 Mark zahlen.

In der Urteilsbegründung wird festgestellt, dass das Gericht bei der Strafzumessung in Anbetracht der Notlage der Angeklagten weitgehende Milde habe walten lassen, zumal es überzeugt sei, dass heute alle Angeklagten ihre Taten bereuen. Wenn schlimmeres verhütet worden wäre, so sei dies dem pfllicht-ergetreuen Verhalten der Polizeibeamten zuzuschreiben.

SPD. Genf, 30. Sept. (Eig. Drahtb.)

Am Montag begann im Völkerbundessekretariat unter Leitung des Vorsitzenden des Kohlenausschusses, des Staatssekretärs Trendelenburg die Sachverständigenkonferenz über das internationale Kohlenproblem. Als Sachverständige der deutschen Bergarbeiter sind der erste Vorsitzende des Bergbau-Industriearbeiter-Verbandes Husemann und Dr. Berger erschienen. Dr. Silverberg und der Generaldirektor des Ruhr-Kohlensyndikates vertreten die Grubenbesitzer, denen als besonderer Sachverständiger der oberschlesischen Verhältnisse Oberbergrat Frenzel beigegeben ist. Die Sachverständigen legten dar, welche Veränderungen in der wirtschaftlichen und organisatorischen Gestaltung der Kohlenindustrie ihrer Länder seit den letzten Sachverständigen-Vernehmungen im Januar bzw. März eingetreten sind. Besonderes Interesse erregten die englischen Mitteilungen über die Kartellierungspläne in England.

SPD. Köln, 30. Sept. (Eig. Drahtb.)

Als am Montag vormittag vor dem Erweiterten Schöffengericht in Köln gegen den verantwortlichen Redakteur des inzwischen eingegangenen berüchtigten Sensations-Wochenblattes "Das Echo" wegen Beleidigung verhandelt werden sollte, fehlte der Angeklagte. Inzwischen hat die Staatsanwaltschaft gegen den ehemaligen Verleger des "Echo", der vor kurzem ebenfalls wegen Beleidigung zu einem Jahre Gefängnis verurteilt wurde und gegen einen weiteren Angestellten des Wochenblattes Steckbrief und Haftbefehl erlassen.

SPD. Amtlich wird mitgeteilt: Der Reichskanzler empfing am Montag den griechischen Ministerpräsidenten Venizelos in Begleitung des Staatssekretärs im Ministerpräsidium Papadatos. Vorher hatte der Ministerpräsident im Palais des Reichspräsidenten seinen Besuch gemacht.

SPD. Frankfurt a.M. 30. Sept. (Eig. Drahtb.)

Am Montag vormittag unternahm Fritz von Opel nach einem dritten Startversuch mit seinem Raketenflugzeug. Der Apparat kam glatt von der Schienenbahn und konnte sich nach Abschuss dreier weiterer Raketen sofort in die Luft erheben. Mit einer Geschwindigkeit von schätzungsweise 150 Stundenkilometern umkreiste das Flugzeug in einer Höhe von ungefähr 20 Metern etwa die Hälfte des Flugplatzes. Während des nur wenige Minuten dauernden Fluges wurden noch vier weitere Raketen abgeschossen. Bei der Landung rollte die Maschine mit einer Geschwindigkeit von 100 Kilometern noch etwa 20 Meter weiter. Von Opel verlor dabei die Gewalt über das Flugzeug. Das Rumpfgestell des Apparates, der sich um seine Achse drehte, wurde erheblich beschädigt. Fritz von Opel hat keine Verletzungen davongetragen.

SPD. Frankfurt/M. 30. Sept. (Eig. Drahtb.)

Der fahrplanmässig in Frankfurt 15.24 Uhr eintreffende F-D-Zug 164 (Holland-München) überfuhr kurz vor der Einfahrt in Mainz das Haltesignal und rannte einem Güterzug in die Flanken. Einige Wagen wurden zertrümmert, drei Postbeamte und zwei Reisende leicht verletzt. Der Zugverkehr Mainz-Frankfurt/Main erlitt beträchtliche Verspätungen und musste über Wiesbaden umgeleitet werden, da die Hauptgleise infolge des Unfalles gesperrt sind.

SPD. Brüssel, 30. Sept. (Eig. Drahtb.)

In letzter Zeit waren in Belgien Gerüchte im Umlauf, wonach die belgische Kommunistische Partei, die niemals besondere Erfolge aufzuweisen hatte und während des letzten Jahres immer mehr verkümmerte, von einer Katastrophe bedroht sei. Moskau sollte ihr die Gelder entzogen haben und infolgedessen sollte auch das Parteiorgan, die Brüsseler "Rote Fahne" ihr Erscheinen vom 1. Oktober ab einstellen.

Diese Gerüchte sind nicht ganz ohne Grundlage und zwar ergibt sich das aus einem höchst sonderbaren Dokument in der letzten Nummer der Brüsseler "Roten Fahne". Es ist eine sogenannte Selbstkritik des Vorstandes der belgischen Kommunistischen Partei, in dem vernichtende Angriffe gegen die Leitung der Partei, also gegen die Verfasser des Schriftstückes selbst gerichtet werden. U.a. wird in dem Dokument ausgeführt, dass die Partei in ihrer Aufgabe das belgische Proletariat aus der Gefolgschaft der Sozialverräter aufzurütteln, vollständig versagt habe. Die Leitungsbeziehung mit dem Proletariat in keiner wirklichen Berührung mehr; Politische Seichtheit, Mangel an Verantwortungsgefühl und allgemeine Unfähigkeit sind weitere Komplimente, die die Parteileitung gegen sich selbst richtet. Sie schliesst mit der Aufforderung, die bürokratischen, pessimistischen und unfähigen Elemente erbarmungslos aus den leitenden Stellen zu fegen und durch bessere zu ersetzen.

Alles das trägt die Unterschrift der kommunistischen Parteileitung Belgiens. Aber es liegt auf der Hand, dass der wirkliche Verfasser des Dokuments ein besonderer Abgesandter Moskaus ist, vor dessen Peitschenhieben die belgischen Parteiführer sich ducken. Voraussichtlich handelt es sich hierbei um das Vorspiel der Vertreibung der gegenwärtigen Parteileitung. Ob das Parteiorgan unter anderer Leitung weiter erscheint steht vorläufig noch dahin. Jedenfalls aber dürfte dieser würdelose Fall der belgischen Kommunistischen Partei vollends den Todesstoss versetzen.

SPD. Brighton, 30. Sept. (Eig. Drahtb.)

Am Montag wurde von dem Vorsitzenden Herbert Morrison der Parteitag der Arbeiterpartei eröffnet. Morrison leitete seine Rede mit einem historischen Rückblick auf die Entwicklung der Arbeiterpartei vor und nach ihrem letzten Wahlsiege ein. Die zweite Arbeiterregierung habe aussenpolitisch bereits jetzt Geschichte gemacht. Im Haag habe die britische Delegation einen wichtigen Beitrag zum Frieden in Westeuropa geliefert. Endlich, nach elf langen Jahren würden die Besatzungstruppen den Rhein verlassen. In Genf sei inzwischen die Fakultativklausel des permanenten Schiedsgerichtshofes unterzeichnet worden. Die Tatsache, dass 12 andere Staaten dem englischen Beispiel gefolgt seien, sei ein Beweis dafür, dass Grossbritannien unter der konservativen Herrschaft ein Hindernis für ein Wachstum der internationalen Schiedsgerichtsbarkeit gebildet habe. Auch das ägyptische Problem werde unter Hendersons Führung wahrscheinlich schon bald einer glücklichen Lösung entgegengeführt werden. Schliesslich dürfe man hoffen, dass die Regierung beim Zusammentritt des Parlaments in der Lage sein werde, die Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zu Russland zu verkünden. Auch innenpolitisch habe die Regierung bereits vieles geleistet. Sie stehe insbesondere im Begriff, weitgehende soziale Reorganisationsmassnahmen durchzuführen.

Der Kongress beschloss zunächst an Macdonald ein Telegramm zu senden, in dem ihm Erfolg zu seiner amerikanischen Mission gewünscht wird. Auf der Grundlage einer von der Unabhängigen Arbeiterpartei (IIP) eingebrachten Resolution begann dann die eigentliche Aussprache. Die Entschliessung verlangt Aufnahme der Unabhängigen-Forderung nach Familienzulage, d.h. nach einer sozialen Abstufung der Löhne, in das offizielle Programm der Arbeiter-Partei. Die Entschlies-

sung ist nach den Worten des Vorsitzenden der ILP Maxton von seinen engeren Freunden eingebracht worden, um die Stimmung des Kongresses gegenüber der Kritik der Unabhängigen an der Regierung zu heben. Die Diskussion, die sich in den Nachmittag hinüberzog, gestaltete sich somit zu einer ernsten Kraftprobe der sogenannten Clyde-Gruppe, der einzigen ernsthaften Opposition, mit der die Regierung auf dem Kongress zu rechnen haben wird. Immerhin drang die Unabhängige Arbeiterpartei mit ihrer Resolution nicht durch. Die Entschliessung war jedoch kaum zurückgestellt, als bei der Aussprache über den Bericht der Exekutive die Opposition der Clyde-Gruppe sich wiederum leidenschaftlich bemerkbar machte. Diesmal war es die Frage der Arbeitslosenunterstützung, die den Sprechern der Linken Gelegenheit gab, die Arbeiterregierung zu beschuldigen, in der Verwaltung der Arbeitslosenversicherung keinerlei Änderung der reaktionären konservativen Praxis vorgenommen zu haben. Die Reden der unabhängigen Abgeordneten richteten sich im wesentlichen, wenn auch in versteckter Form gegen die Person des Arbeitsministers, Frau Margret Bonfields, die nicht antworten konnte, da sie infolge eines schweren Automobilunfalles an der Konferenz nicht teilnehmen kann.

Obwohl es auch in den nächsten Tagen noch zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen der Parteiexekutive, die heute praktisch mit der Arbeiterregierung identisch ist, und dem linken Flügel der Unabhängigen Partei kommen dürfte, so hat doch schon diese erste Sitzung deutlich erkennen lassen, dass die Mehrheit der Konferenz die Kritik von links als eine Erschwerung der Arbeiten der Regierung bedauert und entschlossen ist, alles zu vermeiden, was die Regierung in ihrer Aktionsfreiheit behindert.

SPD. Frankfurt/M., 30. Sept. (Eig. Dr.)

"Wir wollen unser Geld wiederhaben," rief am Montag der Schweizer Rechtsanwalt Schwendler unter minutenlangem stürmischem Beifall und Händeklatschen der Frankfurter Generalversammlung der Aktionäre der zusammengebrochenen Frankfurter Allgemeinen Versicherungs-A.-G. Dieser Schrei nach dem Gelde war es, die tausendköpfige Menge der aus dem In- und Auslande herbeigeeilten Aktionäre und deren Rechtsvertreter immer wieder zu tumultarischen Szenen während der stundenlangen Verhandlungen aufpeitschte.

Als neutraler Vorsitzender war von dem Aufsichtsrat der Frankfurter Allgemeinen der Reichstagsabgeordnete Fischer-Köln bestellt, der auch den schriftlichen Bericht des Aufsichtsrates verlas. Aus diesem Bericht ergibt sich, dass die Prämieinnahmen der Gesellschaft im Jahre 1913 rund 25 Millionen Mark betragen und der damalige Reingewinn rund 4 Millionen Mark. 1924 nahm die Gesellschaft rund 40 Millionen Goldmark an Prämien ein, 1928 mehr als 100 Millionen. Trotzdem schliesst die am Montag vorgelegte Bilanz mit einem Verlust von 38½ Millionen Goldmark ab. In dem Bericht heisst es weiter, dass die Bilanz auf Vollständigkeit und Richtigkeit heute noch keinen Anspruch machen könne.

In der stürmischen Diskussion, die sich stellenweise zum Tribunal für den Aufsichtsrat gestaltete, erklärte u. a. Professor Dr. Max Apt-Berlin vom Deutschen Aktionär-Verein: Es sei heute schon klar, dass die Direktoren der Gesellschaft durch ihre Geschäftsführung auf unverantwortliche Weise den Zusammenbruch der Gesellschaft verschuldet haben und sie selbst vor der Verschleierung der Bilanz nicht zurückgeschreckt seien. Der Aufsichtsrat habe ebenfalls versagt, obwohl lange vor dem Zusammenbruch in verschiedenen Zeitungen auf die Gefährlichkeit der Engagements der Gesellschaft hingewiesen worden sei. In ähnlicher Weise äusserten sich viele andere Diskussionsredner. Sie richteten die schärfsten Vorwürfe gegen den Aufsichtsrat und gegen die leitenden Direktoren. Rechtsanwalt Homburg-Karlsruhe forderte die restlose Schadloshaltung der Aktionäre und bezeichnete den Bericht der Verwaltung als Selbstportrait des Aufsichtsrates, dessen grösster Fehler es gewesen sei, ein Mandat übernommen zu haben.

das er mangels fachmännischer Kenntnisse der Versicherungsmaterie nicht habe erfüllen können. Homburg stellt vor allem die Frage, wieso es möglich gewesen sei, dass der Aufsichtsrat bis in den Mai 1929 nicht von den Kreditaufnahmen der Gesellschaft gehört habe. Scherck-Berlin fragte an, ob es wahr sei, dass bereits vor Monaten schon vor dem Bekanntwerden des Zusammenbruchs die Allianz Verhandlungen wegen Übernahme der Frankfurter Allgemeinen geführt habe und schon vor längerer Zeit die Allianz die Bücher der Frankfurter Allgemeinen wegen einer eventuellen Übernahme geprüft habe. Scherck will ausserdem Beweise dafür haben, dass auf dem Gebiete der Transportversicherung Unregelmässigkeiten grössten Stils vorgekommen seien. Er fragte schliesslich, wie es sich damit verhalte, dass in Wien bei einer Filiale der Frankfurter Allgemeinen, die von einem nahen Verwandten eines der Direktoren geleitet wurde, vier Millionen Verluste entstanden seien. Am schärfsten sprach sich der Vertreter der Schweizer Aktionäre, Rechtsanwalt Schwändler-Zürich aus. Er wies darauf hin, dass der Zusammenbruch der Frankfurter Allgemeinen Bestürzung und peinliches Aufsehen in ganz Europa hervorgerufen habe. In der letzten Zeit noch seien in der Schweiz noch viele Millionen von Aktien der Frankfurter Allgemeinen verkauft worden auf Grund eines glänzenden Prospektes, für den sich die Frankfurter Kaufmannschaft verbürgt habe. Es handle sich um das Sein oder Nichtsein des deutschen Aktienwesens in seiner bisherigen Gestalt. Wenn von dem Aufsichtsrat eine solche Miss- und Schieberwirtschaft getrieben worden sei, dann müsse der Aufsichtsrat auch den gutgläubigen Aktionären das verlorene Geld ersetzen. Sonst werde der deutsche Aktienmarkt im Auslande einfach zusammenbrechen.

Der Schluss der siebenstündigen Auseinandersetzung war, dass eine sechsgliedrige Revisionskommission gewählt wurde, die die Bilanz nachprüfen und den Aktionären in einer kommenden Versammlung Bericht erstatten soll. Von diesen sechs Mitgliedern sind 5 aus den Reihen der Aktionäre und ein Mitglied aus der Verwaltung der Frankfurter Allgemeinen. Eine grosse Minderheit versuchte einen Vertreter der Schweizer Aktionäre in die Revisionskommission hineinzubringen, was jedoch von der Mehrheit abgelehnt wurde.

Auf der Generalversammlung waren 20 601 200 Aktien durch 990 Aktionäre bzw. deren Vertreter anwesend. Die Stimmenzahl betrug 51 503. Der Schweizer Handelsredakteur Dr. Weibel-Zürich und Dr. Rosenberg-Frankfurt/Main erhoben gegen die gefassten Beschlüsse Protest und erklärten, dass sie Anfechtungsklage erheben wollen.

SPD. Das Nachrichtenamt der Stadt Berlin teilt mit: Den Vertretern der Staatsanwaltschaft wurde am Montag von den zuständigen Persönlichkeiten der Stadt das gesamte Material über den Sklarek-Fall vorgelegt. Das Material würde insbesondere, soweit es sich gegenstädtische Beamte richtet, eingehend durchgesprochen. Es ergab sich, dass bisher keine strafbare Handlung eines Beamten festgestellt werden konnte, die der Staatsanwaltschaft zu einem Eingreifen Veranlassung gibt. Es sollen daher nach der Besprechung alle weiteren Ermittlungen gegen die Beamten gemeinsam mit der Staatsanwaltschaft von der städtischen Verwaltung weitergeführt werden. Im übrigen sollen die Ermittlungen beschleunigt weitergeführt werden.

SPD. Kiel, 30. Sept. (Eig. Drahtb.)

Um den schon recht mager gewordenen Brocken der Landvolkbewegung raufen sich die obdachlos gewordenen Männer von vorgestern. Reinhold Wulle preist in der schleswig-holsteinischen Rechtspresse durch langatmige Artikel das "Landvolk", von dem er fordert, dass es eine Kampfgemeinschaft bilden soll, "die sich frei hält von allem Parteigezänk". Alles "was politisch noch rein em-

pfindet" solle zu den deutschen Bauern stehen. Da Wulle sich sicher zu den "noch völkisch rein empfindenden" zählt, soll wohl gesagt werden, dass er und Graefe sich liebesgern des Landvolks bemächtigen möchten um dort die Führerrollen zu spielen, die ihnen anderswo versagt sind. Auch Ludendorff-Getreue wenden sich neuerdings immer mehr an die Anhänger der Landvolk-Bewegung. Sie verlangen, dass "die Kraft zur Gesundung, die allein im Bauernblute liege" dem Ludendorff'schen Befreiungsgedanken dienstbar gemacht werde.

Da Hamkens inzwischen aus dem Untersuchungsgefängnis nach Schleswig-Holstein zurückgekehrt ist, wird jetzt wohl ein Kampf ausbrechen, der über die Frage, wer nun eigentlich Führer ist, die Entscheidung bringt.

SPD. Im "Reichsanzeiger" vom 1. Oktober 1929 wird eine Verordnung des Reichsministers des Innern vom 30. September 1929 veröffentlicht, in der das vom "Reichsausschuss für das deutsche Volksbegehren" beantragte Volksbegehren bekanntgegeben und die Eintragungsfrist auf die Zeit vom 16. bis 29. Oktober 1929 festgesetzt wird.

Der Reichsminister des Innern hat hierdurch den Vorschriften des Gesetzes über den Volksentscheid vom 27. Juni 1921 entsprochen, ohne durch die Veröffentlichung zu dem Inhalt des beantragten Gesetzentwurfes irgendwie Stellung zu nehmen.

Die Reichsregierung weiss sich mit der erdrückenden Mehrheit des deutschen Volkes in der Auffassung einig, dass die Besserung der aussenpolitischen Lage nicht durch ein wie immer geartetes deutsches "Gesetz" zu erzwingen ist, sondern allein durch zähes Ringen im Verhandlungsweg mit den Vertragsgegnern schrittweise erreicht werden kann. Die Reichsregierung wird der Durchführung des Volksbegehrens die verfassungsmässigen Garantien selbstverständlich nicht vorenthalten.

In der Sache selbst wird sie dem Beginnen, das von Anfang an als Versuch mit völlig untauglichen Mitteln erscheint und in der Wirkung nur geeignet ist, den innerpolitischen Zwist zu vertiefen, schärfsten Widerstand entgegensetzen.

SPD. New York, 30. Sept. (Eig. Drahtb.)

Der amerikanische Delegierte zur Genfer Seeabrüstungskonferenz, Admiral Reeves, ein Mitglied des Stabes der amerikanischen Flotte, erklärte am Montag vor dem Untersuchungsausschuss des Senats, dass er nie Hoffnungen auf einen Zusammenbruch der Genfer Konferenz zum Ausdruck gebracht habe und insbesondere mit Shearer niemals gegen die Flottenabrüstung gearbeitet hätte. Als nächster Zeuge wird Shearer vernommen, dessen Aussagen in Amerika mit grösster Spannung entgegengesehen wird.

SPD. Die Betriebsräte der fusionierten Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft haben einstimmig folgenden Beschluss gefasst:

"Die vereinigten Betriebsräte der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft ersuchen die in den beiden Betrieben vertretenen Angestelltenverbände unverzüglich einen Aktionsausschuss zu bilden, dem die Aufgabe zufallen soll die gefährdeten Interessen der Kollegen der beiden Institute in Berlin und im Reich zu vertreten. Die Situation fordert gebieterisch ein gemeinsames Handeln aller Kollegen. Die Betriebsräte der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft geben der Erwartung Ausdruck, dass die Vorstände der Bankangestellten-Organisationen dieser Notwendigkeit Rechnung tragen."

Reichstags - Stimmungsbild.

SPD, Berlin, 30. Sept. (Eig. Bericht)

Seit Wochen haben sich die Kampfparolen der Nationalisten und der Kommunisten ins Masslose gesteigert. Wenn man den Aufregungen in ihren Zeitungen gläuben soll, ist die grosse Mehrheit des deutschen Volkes von einer zornigen Erbitterung gegen die Regierung des Youngplanes und des Raubes der Erwerbslosenunterstützung erfüllt. Man schien auch da und dort Kundgebungen gegen den Reichstag erwartet zu haben. Der Bombenanschlag gegen das Haus des Parlaments rechtfertigte gewiss auch Vorsichtsmassnahmen.

Der Reichstag war an seinem Eröffnungstage auf einige Dutzend Meter im Umkreis durch Schupobeamte abgesperrt. Zu irgendwelchen Störungen kam es aber weder ausserhalb noch innerhalb des Hauses. Der von den Kommunisten für die späteren Nachmittagsstunden angekündigte Massenstreik fiel glatt aus, weil die Berliner Arbeiterschaft der Parole nicht folgte. Die Kundgebung im Lustgarten war kläglich besucht. Es ist bedauerlich, dass die Kommunistische Partei durch so unüberlegte Veranstaltungen im Bürgertum den Eindruck erweckt, als kümmere sich die Arbeiterklasse um die Erwerbslosenfrage wenig oder gar nicht. In Wahrheit ist das Interesse an dem Schicksal der Erwerbslosenversicherung gross. Das bewies der Zufluss zu den Tribünen des Reichstages, der durchaus im Stile grosser Tage gewesen ist. In den sachlich urteilenden Arbeiterschichten weiss man eben doch, dass diese Frage nicht im Lustgarten zu Berlin, sondern in den Beratungssälen des Parlaments gelöst werden muss. Wahrheitsgemäss ist zu sagen, dass auch die Aufmerksamkeit für die Plenarberatungen nicht eben gross war. Die Aufmerksamkeit der Abgeordneten konzentrierte sich mehr auf die Verhandlungen zwischen den sozialpolitischen Führern der verschiedenen Fraktionen. Man weiss, dass noch immer eine Einigungsformel nicht gefunden ist, aber die Meinung ist stark vertreten, dass in den wenigen Sitzungstagen doch eine Mehrheit sich für eine erträgliche Regelung des Arbeitslosenproblems finden wird. Vermutlich dürfte es allerdings nicht zu geschlossenen Abstimmungen der Regierungsparteien kommen. Die Volkspartei wird, wie auch ihr Redner am Montag angekündigtem sowohl gegen die Vorschläge des Reichsarbeitsministers wie noch mehr gegen die Forderungen der Sozialdemokratie Widerstand leisten. Auch Zentrum und Sozialdemokratie werden sich in allen Fragen zu einer Einigung kommen.

Die Reichsberatungen begannen entgegen allen Erwartungen recht friedlich. Der Reichstags-Vizepräsident Esser hatte vier verstorbenen Abgeordneten Nachrufe zu halten: dem Wirtschaftsparteiler Hünenschloss, dem Kommunisten Höllein, dem Sozialdemokraten Schulz-Königsberg und dem Volksparteiler Dr. Kulenkampff. Reichstagspräsident Löbe fehlte, Er ist von seiner Krankheit noch immer nicht hergestellt und scheint noch eine Reihe von Wochen den politischen Geschäften fernbleiben zu müssen. Die Kommunisten verlangten zur Geschäftsordnung, dass ihre Anträge und nicht die Regierungsvorlage zur Beratung kommen sollten. Für diesen Vorschlag stimmten jedoch nur die Kommunisten und die Nationalsozialisten. Der erwartete ausserpolitische Vorstoss der Deutschnationalen unterblieb einstweilen. Graf Westarp kündigte ihn für den Schluss der Sitzung an.

Der Reichsarbeitsminister Wissell entwickelte den Standpunkt der Reichsregierung. Er hob hervor, dass die Untersuchung des Missbräuche ergeben habe, wie sehr die Tatsachen entstellt und aufgebauscht worden seien. Er bekannte sich zur Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung in ihrem vollen Umfange und plädierte für die Annahme der Regierungsvorlage. Für die Sozialdemokratie sprach der Gewerkschaftsführer Grassmann, der sachlich und nüchtern, wie diese ganze Sitzung verlief, das Problem in allen seinen Einzelheiten beleuchtete, Er wies nach, dass nicht die Erwerbslosen, sondern die Konjunktur und insbesondere die starken Rationalisierungen und Fusionen, die eben erst wieder im Bankgewerbe sich zeigten, Schuld an der Erwerbslosigkeit von vielen Hunderttausenden seien. Wenn die Wirtschaft angeblich überlastet sei, so solle sie doch endlich Sparsamkeit auch an den Spitzen zeigen. Grassmann verlas eine lange Liste von Aufsichtsratsantien in Höhe von 7000 bis 64 000 Mark im Jahre. Die Kommunisten versuchten

den sozialistischen Redner ab und zu durch Zwischenrufe zu stören, aber es fehlte ihrer Opposition der rechte Schwung. Auffallend matt sprach der deutschnationale Abgeordnete Rademacher. Er versuchte zwar am Schluss mit ein paar Sätzen durch den Hinweis auf den Youngplan Temperament in seine Fraktion zu bringen, aber sie ging nicht mit. Selbst der Kommunist Rädel liess es an Temperament fehlen und seine Angriffe auf die Sozialdemokratie fanden nicht einmal in seiner eigenen Fraktion nennenswertes Echo. Das ganze System der Sozialpolitik wurde von dem Deutschen Volksparteiler Pfeffer angegriffen. Er meinte, man dürfe nicht die kleinen Fälle von Erwerbslosigkeit, von Krankheit usw. schon mit Renten ausstatten, wie das jetzt geschehe. Die Versicherungen dürften nur in den wirklich schweren Fällen eingreifen.

Die Aussprache zur ersten Lesung zog sich bis in die neunte Abendstunde hin. Von politischer Bedeutung war nur noch die Erklärung der Zentrumsfraktion die der Abgeordnete Perlitius verlas. Er verlangte grössere Selbständigkeit für die Selbstverwaltung zur Beseitigung von Misständen in der Arbeitslosenversicherung. Im übrigen hielt sich die Zentrumsfraktion alle Möglichkeiten offen. Am Schluss des Tages gab es den erwarteten Vorstoss auf die Tagesordnung des Dienstag, die Aussenpolitik zu setzen. Wieder liefen die Kommunisten den Deutschnationalen den Rang ab, mit ihrem Antrag am Dienstag die Aussenpolitik zu behandeln. Graf Westarp schloss sich diesem Verlangen an. Die Arbeitslosenfrage habe Zeit, bis die Regierungsparteien sich geeinigt hätten. Während der Rede Westarps erschien Hugenberg im Saal. Das Auftauchen seines hohen Vorgesetzten machte den Grafen sichtbar nervös. Er bildete unmöglich lange Sätze und verhedderte sich immer wieder. Schliesslich war von seiner Rede kaum noch etwas zu verstehen, weil die Linke ungestüm forderte, Hugenberg solle sprechen. Dieser aber hüllte sich in Schweige. Die Nationalsozialisten lassen durch Frick erklären, solange der Young-Plan nicht geklärt und abgelehnt sei, halte seine Fraktion jede Beratung der Arbeitslosenversicherung für zwecklos. Minutenlange Heiterkeit erweckt der nationalsozialistische Geschäftsordnungsredner als er mitten in seinen hohen Nationalen Tönen gegen den Young-Plan fordert, dass am Dienstag das Hopfen-Gesetz auf die Tagesordnung gebracht werden möge. Schliesslich stimmten die Deutschnationalen gegen den kommunistischen Antrag die Aussenpolitik zu beraten und die Kommunisten gegen den deutschnationalen Antrag die Frage des Volksbegehrens am Dienstag auf die Tagesordnung zu bringen. So bleibt die Aussenpolitik vorläufig in der Versenkung und der Reichstag beschäftigt sich weiterhin wie vorgesehen mit der Frage der Erwerbslosenversicherung.

Nächste Sitzung Dienstag mittag 12 Uhr.

SPD. Saarbücken, 30. Septemb. (Eig. Drahtb.)

Die englischen Bahnschutztruppen des Saargebietes, die zur Bewachung der Etappenbahnlinie für die Rheinarmee durch das Saargebiet 1927 an die Stelle der bisherigen französischen Garnison im Saargebiet getreten waren und mit einem kleineren belgischen und einem grösseren französischen Kontingent in einer Gesamtzahl von ca. 1000 alliierten Truppen sich noch im Saargebiet befanden, haben am Montag um 14,30 das Saargebiet verlassen und sind zu ihrem Regiment nach Wiesbaden zurückgekehrt.

Es verlautet, dass auch die belgischen Bahnschutztruppen das Saargebiet in Kürze verlassen werden.

SPD. Paris, 30. Sept. (Eig. Drahtb.)

Die Pariser Postchauffeure sind am Montag zum zweiten Male innerhalb 14 Tagen in einen mehrständigen Proteststreik getreten. Sie fordern eine Lohnerhöhung und die Bewilligung eines jährlichen Urlaubs.

Deutscher Reichstag

99. Sitzung vom 30. September 1929.

SPD. Vizepräsident Esser eröffnet die Sitzung mit einem von den Abgeordneten stehend angehörten Nachruf für die seit der letzten Sitzung verstorbenen Abgeordneten Lünenschloss (Wirtschaftspt.), Höllein (Komm), Herm. Schulz-Königsberg (Soz) und Kulenkampf (D.Vp.) und die frühere deutschnationale Abgeordnete Frau Marg. Behm.

Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt die erste Beratung der Vorlagen zur Reform der Arbeitslosenversicherung. Die eine Vorlage enthält die weniger umstrittenen allgemeinen Verbesserungen, die andere die im Reichsrat angenommenen bis zum 31. März 1931 befristeten Änderungen, die u. a. eine Sonderbehandlung der Saisonarbeiter bringen.

Abg. Stöcker (Komm) beantragt die Absetzung der Vorlagen von der Tagesordnung. Die Arbeiterschaft habe kein Interesse an der Beratung dieses neuen Raubzuges gegen die Erwerbslosen. Die Kommunistische Fraktion protestiere weiter dagegen, dass heute mehr als 200 Schupobeame in und um den Reichstag herum aufgeboten seien, um das Klassenparlament zu schützen. (Rufe b. d. Komm.: "Nieder mit Zörgiebels Bluthunden!") Die Kommunistische Fraktion verlange die Beratung ihrer Anträge auf Einführung des Siebensturentages und die Besprechung des Youngplanes.

Der kommunistische Antrag wird gegen Kommunisten und Nationalsozialisten abgelehnt. - Abg. Graf Westarp (Dnat) erklärt, seine Freunde behielten sich vor abends die Besprechung der Haager Verhandlungen für Dienstag zu beantragen. - Die hierauf beginnende erste Beratung der Vorlagen zur Reform der Arbeitslosenversicherung wird eingeleitet durch eine Rede des Reichsarbeitsministers Wissell, der von den Kommunisten mit höhnischen Zurufen empfangen wird.

Minister Wissell

geht auf die Vorgeschichte der Vorlagen ein und erläutert die Punkte, in denen die erste Regierungsvorlage von den Vorschlägen des Sachverständigen-Ausschusses abgewichen ist. Dem Reichsrat gebühre Dank für den Ausweg, den er mit seiner Vorlage aus den Schwierigkeiten gesucht habe, die sich bei der Parteienbesprechung über die erste Regierungsvorlage ergeben hatten. Missbräuche der Arbeitslosenversicherung, so fährt der Minister fort, sind zweifellos vorgekommen, aber sie sind in der Öffentlichkeit stark aufgebauscht worden. Die Arbeitslosenversicherung hat sich als Ganzes bewährt. Die Regierung rückt ausdrücklich ab von der Behauptung, dass die Arbeitslosenversicherung die Arbeitsmoral des ganzen Volkes untergraben habe. Die Versicherung hatte gerade in der ersten Zeit mit grossen Schwierigkeiten zu kämpfen. Zunächst musste die Organisation umgebaut werden und dann kam der aussergewöhnlich harte Winter, der eine aussergewöhnlich grosse Arbeitslosigkeit im Gefolge hatte. Das Arbeitslosenversicherungsgesetz war von vornherein in manchen Punkten verbesserungsbedürftig. Diese Verbesserung bringt der eine von den heute vorliegenden Entwürfen. Er definiert den Begriff "Arbeitslosigkeit". Über diesen Entwurf hinaus werden grosse Meinungsverschiedenheiten kaum bestehen (Widerspruch bei der Komm.), zumal seine Bestimmungen zugunsten der Arbeitslosen weit über das hinausgehen, was beispielsweise in Russland besteht. Die zweite bis zum 31. März 1931 befristete Vorlage will das Missverhältnis ausgleichen, das jetzt zwischen den Einnahmen und Ausgaben der Arbeitslosenversicherung besteht. Die Versicherung schuldet heute dem Reich 250 Millionen Reichsmark. Im kommenden Winter wird der Ausgabenbedarf die Einnahmen wesentlich übersteigen. Nach dem Jahresdurchschnitt von 1926 bis 1928 ist mit einer Arbeitslosenzahl von 1,1 Millionen zu rechnen. Auf dieser Grundlage ergibt sich bei der Arbeitslosenversicherung ein Fehlbetrag von rund 270 Millionen Reichsmark. Der befristete Entwurf will diesen Fehlbetrag abdecken durch eine Kombination von Ersparnis-

gen und Erhöhungen der Einnahmen. (Unruhe und Zurufe b.d.Komm.) Auch dann gehen die Leistungen unserer Arbeitslosenversicherung noch um das Achtfache über das hinaus, was in Russland für die Arbeitslosen geleistet wird. Über den in der Vorlage vorgeschlagenen Abbau der Leistungen will die Regierung nicht hinausgehen. Jede weitere Kürzung der Unterstützungen würde die Kaufkraft von Millionen der Bevölkerung schwächen und damit die Gesamtwirtschaft schädigen. In einzelnen Punkten weicht die Regierungsvorlage von der Reichsratsvorlage ab. Dabei handelt es sich um Fragen, die weniger finanzielle als grundsätzliche Bedeutung haben. Die Regierung erwartet nicht, dass ihre Entwürfe restlose Befriedigung schaffen werden, sie sieht aber in ihnen einen gangbaren Weg zur Lösung der uns hier beschäftigenden grossen Fragen.

Abg. Grassmann (Soz.):

Die Ausführungen des Ministers über die Wirtschaftslage und die Ursachen der Arbeitslosigkeit stimmen weitgehend mit unseren Anschauungen überein. Die Erscheinung der Arbeitslosigkeit ist der typische Beweis für die Auswirkungen der heute getriebenen falschen Wirtschaftspolitik. Sie ist der Beweis dafür, dass das heutige Wirtschaftssystem, das auf Spekulation und Erzielung von Gewinn aufgebaut ist, notwendig umgestaltet werden muss im Sinne der Regelung der Wirtschaft nach den Grundsätzen der Bedarfsdeckung. Besonders die Erfahrungen der letzten Zeit sind bestimmend für uns in der Erkenntnis dieser Notwendigkeit. (Sehr wahr! bei den Soz.) Es bedarf einer internationalen Regelung der Wirtschaft.

Das Arbeitslosenversicherungsgesetz ist in Deutschland vielfach ganz falsch beurteilt worden; noch dazu muss es als unmöglich bezeichnet werden, dass man nach so kurzer Zeit seines Bestehens bereits grundlegende Erkenntnisse über die Art seiner Auswirkung erhalten haben wollte. Durch die falsche Beurteilung sollte der Eindruck erweckt werden, als ob die deutsche Bevölkerung zum grossen Teil aus Nichtstuern bestünde. Die Notwendigkeit, dass die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung in diesem Winter ein Darlehen bei der Reichskasse aufnehmen musste, um insgesamt 5 Millionen Menschen versorgen zu können, war nicht Schuld des Gesetzes. Es handelte sich bei dieser Erscheinung um eine Wirtschaftskatastrophe, für deren Opfer die Allgemeinheit genau so eingetreten musste, wie sie es sonst bei Naturkatastrophen tun muss. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Arbeitskraft, die der wertvollste Teil des Volksvermögens ist, muss vor den Gefahren solcher Katastrophen geschützt werden. Die Angriffe gegen das Arbeitslosenversicherungsgesetz und gegen die gesamte Sozialpolitik, die damit begründet werden, dass die Sozialpolitik eine "Belastung" der Wirtschaft darstellt, werden durch die von mir gemachten Erwägungen widerlegt. Wenn von den Gegnern des Arbeitslosenversicherungsgesetzes für die Hebung des individuellen Sparsinns der Arbeiter eingetreten wird, so geben wir zwar zu, dass dieser Sparsinn gehoben werden muss, aber wir halten den sozialpolitischen Sparzwang, der auf die Arbeiterklasse ausgeübt wird, für weit sittlicher. Zudem ist unsere moderne kapitalistische Entwicklung undenkbar ohne die Sozialversicherung, die die Arbeitskraft der gesamten Arbeiterklasse aufrecht erhält. Selbst bei amerikanischer Lohnhöhe, die ein individuelles Sparen viel eher ermöglichte, wäre für Deutschland die Aufrechterhaltung der Sozialpolitik notwendig. Sie ist es, die die Solidarhaftung der Arbeiter für einander, ihre tiefe Verbundenheit erzeugt und ihnen das Gefühl des Aufeinanderangewiesenseins einflösst, wenn man will, ihr Klassenbewusstsein stärkt und ihnen zu marxistischer Erkenntnis über ihre soziale Lage verhilft. Eine solche Einstellung wird der Arbeiterschaft zum Vorwurf gemacht und früher versuchte man diese Einstellung mit Hilfe der Sozialpolitik zu beseitigen. Es hat sich gezeigt, dass die Sozialpolitik die Arbeiterbewegung stärkt, und der heutige Stand der sozialpolitischen Errungenschaften kennzeichnet im allgemeinen den Stand der Errungenschaften der Arbeiterklasse. Der Kampf gegen die Sozialversicherung

ist heute ein politischer Widerstand gegen die sozialen Ansprüche der Arbeiterklasse, gegen eine soziale Demokratie überhaupt und besonders gegen den Marxismus. Gerade aus ihrer sozialpolitischen Betätigung heraus, die ihr den Einblick in den Mechanismus des heutigen falschen Wirtschaftssystems verschafft, leitete die Arbeiterschaft Ansprüche auf die Mitwirkung an der Leitung der Wirtschaft her.

Den berechtigten Ansprüchen der Arbeiterschaft versuchen ihre Gegner mit allen Mitteln, selbst mit den Mitteln einer lächerlichen Pseudowissenschaft beizukommen. (Redner verliest einige krasse Beispiele sogenannter "volkswirtschaftlicher" Kampfschriften gegen die Sozialpolitik). Bei diesen Gedankengängen kann man nur sagen: Dass Du die Nase ins Gesicht behältst."

Die Gegner der Sozialversicherung verlangen von ihr, dass sie genau so wie eine Privatversicherung mit ihren Mitteln auskommen soll, ohne soziale Gesichtspunkte zu berücksichtigen, und deshalb die schlechten Risiken abstossen soll. Man weist dabei auf das Beispiel von England hin. Wir können uns unsererseits darauf berufen, dass sich die Abstufung der Leistungen nach den Beträgen, wie sie in England üblich war, als sozialpolitisch unhaltbar erwies. Die Leistungsfähigkeit der Reichsanstalt bei normalen Arbeitsmarktverhältnissen kann von niemanden in Zweifel gezogen werden. Nicht nur hat sie die im Voranschlag vorgesehenen 700.000 Arbeitslose, sondern über 800.000 Arbeitslose ohne Defizit unterstützen können. Wenn nun nach einem so anormalen Winter an die Reichsanstalt das Ansinnen gestellt wird, dass sie ihren Etat einfach durch Einschränkung der Leistungen und die Bemessung der Leistungen nach der Anzahl der Beiträge vornehmen soll, so muss den sogenannten Führern der Wirtschaft, die sich solche Pläne zu eigen machen gesagt werden, dass sie alle Veranlassung hätten, zur notwendigen Sanierung der Reichsanstalt der Erhöhung ihrer Beiträge zuzustimmen. Mit den Methoden ihrer "Wirtschaftsführung" vermehren sie nur durch Entlassungen die Arbeitslosigkeit. Nach den Berichten der Arbeitsämter des rheinisch-westfälischen Industriegebietes ist zwar die Produktion in diesem Gebiete gestiegen, aber der Arbeitsmarkt stagniert oder verschlechtert seine Lage ständig. In früheren Zeiten hat man die jüngeren Arbeiter zeitweilig abgebaut und einen grossen Teil der lange beschäftigten Arbeiter auf Lager arbeiten lassen. Heute legt man sozusagen die Arbeiter auf Lager. Die Wucht der Rationalisierung hat allein die Arbeitnehmer getroffen und die gleichen Folgen haben die riesigen Wirtschaftszusammenschlüsse, die das Bild der wirtschaftlichen Entwicklung der letzten Zeit beherrschen. So wurde z.B. schon lange vor der Fusion der Deutschen Bank und der Disconto-Gesellschaft mit dem Personalabbau von Hunderten von Angestellten begonnen. Die Leitungen der Grossunternehmer hoffen dadurch, Millionen zu ersparen. Ein viel wirksameres Gebiet zur Ansetzung von Sparmassnahmen wären die in hohem Masse überbesetzten Aufsichtsräte und Direktorenkollegien. Die Banken rechnen mit etwa 80 % persönlicher Unkosten, ungefähr die Hälfte davon verschlingt der Leistungsapparat. Dutzende Millionen könnten an dem Abbau von Bankdirektoren verdient werden, von denen jeder Einzelne so viel verdient, wie zwei- bis dreihundert Bankangestellte. (Hört! Hört! bei den Soz.)

Es wird jetzt davon gesprochen, dass die von dem neuen Grossbankkonzern abzubauen nach sozialen Gesichtspunkten entschädigt werden sollten. Es darf da nicht die gesetzliche Mindestentschädigung Platz greifen, sondern es wird mit Fug und Recht verlangt, dass das Bankgewerbe die älteren Angestellten pensionieren und die jüngeren Kräfte bei befreundeten Unternehmungen unterbringen müsse. Eine weitere Belastung des Arbeitsmarktes muss auf jeden Fall vermieden werden. Die angeblich überbelastete Wirtschaft soll zunächst einmal Einkehr bei sich selbst halten. (Der Redner verliest statistisches Material über die ungeheuren Höhen Aufsichtsratsantienemen bei der deutschen Grossindustrie). Mit vollem Recht dürfen wir von der Wirtschaft, die sich so etwas leisten kann, gesteigerte Opfer fordern. Wahrscheinlich aber werden wir dieser ganzen schwierigen Situation der wir jetzt gegenüberstehen entgehen, wenn man unseren bereits

im Frühsommer gestellten Antrag auf vorübergehende Erhöhung der Beiträge um 1% angenommen hätte. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Im Hinblick auf die bereits beschlossenen Einsparungen, auf die Ausmerzung aller Missbräuche und Misstände, unter denen die Arbeitslosenversicherung zu leiden hatte, könnte man dann heute ohne Sorge um den Bestand der Reichsanstalt und in Bezug auf evtl. ungünstige Wirkungen auf die Reichskasse sein. Die Sozialdemokratie ist, obgleich sie die in Aussicht genommene Beitragserhöhung von $\frac{1}{2}\%$ befristet bis zum 31. März 1931 nicht als ausreichend betrachtet, bereit, ihr zuzustimmen. Wir werden abwarten, welche Parteien den Mut zur Ablehnung der Beitragserhöhung aufbringen werden. Aus einer evtl. Ablehnung müssten wir den Schluss ziehen, dass man die gesamte Arbeitslosenversicherung bewusst in die bedrohlichste Gefahr bringen will. (Sehr wahr! bei den Soz.)

Bei den Beratungen des Sachverständigenausschusses über die Neugestaltung der Arbeitslosenversicherung ging man von einer Berechnungsgrundlage von 1,1 Millionen Arbeitslose im Jahresdurchschnitt aus. Die Sozialdemokratische Partei hat wiederholt betont, dass diese Berechnungsgrundlage zu ungünstig ist. Jede solche Berechnung muss sich auf einen längeren Zeitraum stützen, und wenn man statt die Erscheinungen der letzten drei Jahre, wie es der Sachverständigenausschuss getan hat, in den letzten fünf Jahren berücksichtigt, dann ergibt sich der wesentlich geringere Jahresdurchschnitt von 855.000 Arbeitslose. Diese Ziffer kommt der Wirklichkeit erheblich näher, es sei denn, dass die von mir bereit kritisierten Methoden der Wirtschaft beibehalten oder verschärft werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Sollten nämlich die Folgen der Rationalisierung und der Konzentration der Wirtschaft in der kommenden Zeit weiterhin allein auf die Schultern der Arbeiter abgewälzt werden, bei gleichzeitigem rücksichtslosen Kampf gegen jede Sozialpolitik, dann müsste sich die Allgemeinheit mit dem Gedanken vertraut machen, dass diese Wirtschaft viel energischer als bisher geschehen am Kragen genommen werden muss. (Lärm und Zurufe bei den Komm.) Sehr bezeichnend ist es, dass es in dieser Hinsicht auch keinen Unterschied zwischen den nach Weltanschauung und politischen Auffassungen getrennten Gewerkschaftsrichtungen gibt.

Die Sozialdemokratie hat sich bereits im Juni bereit erklärt, zur Beseitigung der nachweislich vorhandenen Missbräuche beizutragen. Die schärfere und bessere Definition der Begriffe "Arbeitslosigkeit", "Arbeitswilligkeit", "geringfügige Beschäftigung" und "unständige Arbeit" hat ihre Unterstützung gefunden. Verschärfte Kontrollbestimmungen, die sich gegen die Verleumdung aller ehrlichen Arbeitslosen richten, waren für uns selbstverständlich.

Wir haben uns auch für die Neuregelung der Sperrfristen ausgesprochen, allerdings nicht in dem starren Sinne, wie es nachher die Mehrheit des 9. Ausschusses beschlossen hat. In der Starrheit der vorgeschlagenen Neuregelung sehen wir einen Schaden, dem wir eine grössere Elastizität der Bestimmungen entgegensetzen werden. Ferner sind wir durchaus einverstanden mit der Ausdehnung der Kontrollbefugnisse der Reichsanstalt gegenüber der Heimarbeit und für eine Ausgestaltung der Versicherungspflicht der Lehrlinge. Ebenso haben wir einer Minderung des Beitrages der Reichsanstalt an die Krankenkassen um 30 Millionen unsere Zustimmung gegeben. Selbstverständlich unter der Voraussetzung, dass mit dieser Beitragsminderung keine Leistungsminderung der Krankenkassen für die Arbeitslosen einhergeht. Wir sind auch einverstanden mit einer Anrechnung von Wartegeld und Ruhegehalt auf die Erwerbslosenunterstützung und in einem gewissen Ausmasse der sozialen Renten, allerdings unter Erhöhung der bisher vorgesehenen Freigrenze über 20.- M monatlich.

Auch der Neuregelung der Unterstützungssätze für Saisonarbeiter in Höhe der Sätze der Krisenfürsorge aber unter Fortfall der Bedürftigkeitsprüfung werden wir unsere Zustimmung geben. Dagegen haben wir schwere Bedenken gegen die Bemessung der Unterstützung nach dem Lohnniveau des Wohnorts und gegen die

allgemeine Verlängerung der Wartezeit auf 2 Wochen für Arbeitslose ohne zu= schlagsberechtigte Angehörige. In gleicher Weise wenden wir uns gegen die be= sondere Verlängerung der Wartezeit der Saisonarbeiter, denn die Saisonarbeiter können nicht verstärkt für ihr Berufsrisiko verantwortlich gemacht werden. Aus demselben Grunde sind wir, wie ja auch sämtliche anderen Parteien, gegen eine weitere Beitragserhöhung für die Saisongewerbe.

Die Sozialdemokratie liess sich bei den Beratungen nicht von parteitak= tischen Beweggründen leiten, denn dann hätte sie sich auf den hohen Kothurn der Verantwortungslosigkeit gestellt. Meine Partei ist aber davon ausgegangen, dass dieses Gesetz einen hohen Wert, ja wichtigsten Baustein im ganzen Gefüge der So= zialpolitik darstellt. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ausserdem ist das Gesetz sehr wertvoll auch auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung. Wer die Kämpfe um den pari= tätischen Arbeitsnachweis, die die Gewerkschaften in der Vorkriegszeit führten, aus eigener Anschauung kennt, wer seinen Wert für eine anders geartete Berufs= ausbildung kennt, der wird wie ich auf dem Standpunkt stehen, dass es sich lohnt, um seine Existenz zu kämpfen. (Sehr richtig! bei den Soz.)

Darüber hinaus gibt das Gesetz sehr wertvolle Ansätze für eine wirtschaft= liche Selbstverwaltung. Wir sind davon überzeugt, dass wir mit dem Willen, auf= recht zu erhalten, was geschaffen wurde, abzuwehren, die Bedrohungen für Hundert= tausende von Arbeitslosen dem Uebel, das die heutige Wirtschaftsordnung zeigt, nur zu Leibe gehen können, wenn wir versuchen, es in seinem Kern zu treffen. Die= eigentlich Verantwortlichen für das soziale Elend und die wirtschaftliche Anar= chie nicht nur in unserm Lande, sondern in der ganzen Welt, sind die Interessen= ten an einer nach unserer Auffassung falschen und darum schädlichen Art der Wirtschaft, die wir national und international zu einer sozialistischen umge= stalten wollen. (Grosser Beifall bei den Soz.)

Abg. Dr. Rademacher (Dnat) nennt die vorliegenden Entwürfe einen Torso, dessen Beratung man einer gesetzgebenden Körperschaft nicht zumuten sollte. Ge= genüber dem fehlenden Mut der Reichsregierung müsse festgestellt werden, dass bei der Arbeitslosenversicherung auch auf Arbeitnehmerseite zahlreiche Miss= bräuche beständen, so die Arbeitsverweigerung ohne genügenden Grund, Sabotierung übernommener Arbeit usw., vor allem aber der Anreiz, sich Renten auf Kosten der Allgemeinheit zu schaffen. Der Redner lehnt jede Erhöhung der Beiträge ab. Die Befristung stelle eine auf mangelndem Mut beruhende Unehrlichkeit dar. Auch die Landwirtschaft habe schwere Bedenken gegen die Gesetze. Die Deutsche Volks= partei sei als Gefangene ihrer Aussenpolitik gezwungen, die Gesetze mindestens zu tolerieren. Um 113 Milliarden in 60 Jahren zahlen zu dürfen, mache sie be= wusst eine falsche Wirtschaftspolitik mit.

Abg. Dr. Perlitius (Ztr) gibt für die Zentrumsfraktion eine Erklärung ab, in der die erste Vorlage, die die Missbräuche bei der Arbeitslosenversicherung abstellen soll, begrüsst wird. Die Selbstverwaltung in der Versicherung müsse gestärkt werden. Die zweite Vorlage über die befristeten Aenderungen entspreche zwar nicht den Vorschlägen des Zentrums, aber das Zentrum sei bereit, auf dieser Grundlage an der Lösung der Reformaufgabe weiter mitzuarbeiten.

Abg. Rädel (Komm.) wirft dem Arbeitsminister Wissel vor, er habe in sei= ner Eigenschaft als Minister das Material für den reaktionären Vorstoss gegen die Arbeitslosen geliefert. Die Beseitigung von Misständen, die man vornehmen wolle, bedeute einen weitgehenden Herauswurf von Arbeitslosen aus der Arbeits= losenversicherung. Die Arbeitslosenversicherung solle nach den Absichten der Regierungsmehrheit genau derselben Ueberflusswirtschaft, wie alle anderen Zwei= ge der Sozialpolitik entgegengeführt werden und eine melkende Kuh für die Kapi= talisten zur Erlangung billiger Kredite werden.

Vom Präsidenten wegen Ueberschreitung der Redezeit zum Schluss gemahnt, spricht der Redner noch eine Zeit lang, mehrmals von der Glocke des Präsidenten unterbrochen, weiter, um zu der vorschriftsmässigen Schlusslösung "Gegen die

Sozialdemokratie" "Klasse gegen Klasse" zu kommen.

Abg. Dr. Pfeffer (DVP) wird von den Kommunisten mit Zurufen "Oberscharfmacher" und grossen Lärm begrüsst. Der Anfang seiner Ausführungen geht im Lärm unter. Der Redner behauptet, dass eine wirkliche Reform jetzt nicht vorgenommen werden könne, da man sich zwar auf allen Seiten über die Notwendigkeit, aber nicht in den Gründen für die Reform einig sei. Er legt das Schwergewicht seiner Ausführungen auf die Frage der Beseitigung von Missbräuchen, von denen eine Unmenge Einzelfälle bekannt geworden seien. Unter Anerkennung der Tatsache, dass die Regierungsvorlage gangbare Wege zur Beseitigung dieser Missbräuche weist, wenn auch nicht in dem von ihm gewünschten Masse, betont der Redner, dass jede Sozialversicherung Raum für Missbräuche aller Art lassen werde, die aus Billigkeitsgründen grosse Volksteile verletzen müssen. Unbefriedigend sei insbesondere der Versuch zur Beseitigung der Uebelstände in der Arbeitslosenversicherung für die Heimarbeiter. Seine Fraktion trete für vollständige Herausnahme der Heimarbeiter aus der allgemeinen Arbeitslosenversicherung ein. Man könne dann Klarheit über die notwendigen Massnahmen auf diesem Gebiete gewinnen und die Heimarbeiter in eine Sonderfürsorge eingruppieren. Für besonders wichtig hält der Redner die grundsätzliche Ausschaltung der kurzfristigen Arbeitslosigkeit aus den allgemeinen Unterstützungssätzen der Arbeitslosigkeit. Er beruft sich dabei auf eine Untersuchung in der Zeitschrift der freien Gewerkschaften "Die Arbeit", wo festgestellt worden sei, dass bei Annahme des sogenannten Antrags Riesener-Tusch, der für Arbeitslose mit einer Anwartschaftszeit unter 52 Wochen die Unterstützungssätze gekürzt wissen will, 75 % aller Unterstützten niedrigere Unterstützungssätze beziehen würden. Der Redner zieht daraus die Schlussfolgerung, dass die kurzfristig Arbeitslosen auf diese Weise die Interessen der ständig Beschäftigten schädigen. Er sieht mit diesem Reformversuch die notwendige Reform an der Arbeitslosenversicherung noch nicht beendet und stellt als Ziel die Aufteilung der gesamten Arbeitslosenversicherung in Sonderfürsorgegruppen nach Berufsständen auf, wobei das besondere Risiko jedes einzelnen Berufes berücksichtigt werden könne. Er sieht im Gegensatz zu dem Redner der Sozialdemokraten eine weitere Steigerung oder zumindest keine Verminderung der Arbeitslosigkeit in den nächsten Jahren voraus und misst die Schuld an dieser Erscheinung zu einem grossen Teil der Arbeitszeitgesetzgebung zu, die es verhindere, dass die Industrie sich einen gleichbleibenden Stamm von Arbeitern halten könne, durch den Zwang jeder Konjunkturschwankung mit der Einstellung und Freisetzung von Arbeitern zu folgen. Zum Schluss erklärt er sich gegen jede Beitragserhöhung und gegen die Befristung der Bestimmungen der Sondervorlage über die Saisonarbeiter. Er begründet diese Stellungnahme mit der sehr schlechten Finanzlage des Reiches, die es in keinem Fall gestatte, seine Darlehenspflicht gegenüber der Arbeitslosenversicherung im kommenden Winter im gleichen Masse in Anspruch zu nehmen, wie im vergangenen Winter.

Abg. Freidel (Wirtschaft.Pt.) betont, weniger die Misstände als vor allem die katastrophalen Kassenverhältnisse der Reichsanstalt und des Reiches selbst zwingen zu einer Reform. Der Erfolg der letzten Reichsanleihe habe doch gezeigt, welches Vertrauen die deutsche Wirtschaft zu der Kassenlage des Reiches habe. Niemals werde man mit einer Erhöhung der Beiträge, mit weiterer Belastung der Wirtschaft die Krankheit heilen, sondern dadurch, dass man den Arbeitslosen Arbeit und damit auch Brot gebe.

Abg. Dr. Haas (Dem) gibt für seine Fraktion eine Erklärung ab, in der die Aufrechterhaltung der Arbeitslosenversicherung als selbstverständlich bezeichnet wird. Gerade deswegen sei aber die Beseitigung offenkundiger Misstände notwendig. Der grosse Gedanke der Arbeitslosenversicherung sei nur dann verwirklicht, wenn die Versicherung sich selbst trage. Solange die Regierung nicht führend die Regierungsparteien zu einer einheitlichen Stellungnahme gebracht habe, müsse sich die demokratische Fraktion ihre Entschliessung in allen Einzelheiten vorbehalten.

Abg. Schwarzer (Bayr. Vp.) erklärt, die Beschwerden über Missbräuche seien stark übertrieben. Eine zu weitgehende Kürzung der Leistungen der Arbeitslosenversicherung würde ihren Zweck verfehlen, weil dadurch die Wohlfahrtslasten der Gemeinden unerträglich gesteigert würden. Die Bayerische Volkspartei behalte sich ihre Stellungnahme zu den Regierungsvorlagen bis zum Abschluss der zweiten Lesung vor.

Abg. Hense (Chr. Nat. Bauernpt.) lehnt in einer kurzen Erklärung seiner Gruppe die Regierungsvorlagen ab. — Damit ist die Aussprache geschlossen.

Vizepräsident Esser schlägt vor, die zweite Lesung am Dienstag, 12 Uhr, zu beginnen. Abg. Stöcker (Komm.) widerspricht diesem Vorschlag und beantragt die Beratung sozialpolitischer Anträge seiner Freunde. Abg. Graf Westarp (Dn) beantragt die Absetzung der Arbeitslosenversicherung von der Tagesordnung. Stattdessen sollte ein deutschnationaler Antrag beraten werden, der die Regierung ersucht den Young-Plan nicht vor dem Abschluss der Volksabstimmung zu ratifizieren. Die Gutachten der deutschen Sachverständigen bei den Pariser Verhandlungen müssten veröffentlicht werden. — Abg. Dr. Frick (Nat. Soz.) verlangt gleichfalls die sofortige Beratung des Youngplanes. Nach den deutschnationalen Anträgen müsste am Dienstag sofort das Hopfenprovanienzgesetz beraten werden. (stürm. Heiterkeit). — Die Anträge der Kommunisten, Deutschnationalen und Nationalsozialisten werden abgelehnt.

Um 9 Uhr wird dem Vorschlag des Vizepräsidenten zugestimmt, dass am Dienstag, 12 Uhr mittags, die zweite Beratung der Reform der Arbeitslosenversicherung beginnen soll.

Rossis Ende.

(Von unserem römischen Korrespondenten)

SPD. Rom, 30. Sept. (Eig. Bericht)

Vielleicht hat noch selten ein Schandurteil, wie das der Verurteilung Cesare Rossis zu dreissig Jahren Zuchthaus, weniger Mitgefühl mit dem Opfer ausgelöst. Mussolini hat einen seiner Feinde niedergeworfen, aber der Nieder geworfene weckt kein Erbarmen, weil er, ehe er der Feind des Diktators wurde, dessen bester Freund war. Ihm und einigen Spiessgesellen galten die Worte, die Mussolini am 6. Januar 1924 sprach: "Diesen Mitarbeitern an meinem Tagwerk, die mit mir das bittre Brot der Verantwortlichkeit in der fascistischen Regierung teilen, spreche ich hier meine volle Freundschaft und Dankbarkeit aus." Dass diese Freundschaft und Dankbarkeit sich für Cesare Rossi nunmehr in dreissig Jahre Zuchthaus umgesetzt hat, mutet keinen als eine tragische Fügung an, vielmehr als logische Auswirkung der Persönlichkeit der beiden Freunde. Das Bündnis bei solchen Freundschaften ist ein Zweckverband mit sehr beschränkter Haftung.

Im Einvernehmen mit Mussolini hat Rossi die Ermordung Matteottis durchgeführt. Als die Sache herauskam, schlug Rossi vor, sich zu dem Verbrechen zu bekennen, es als eine im Interesse der fascistischen Revolution notwendige Tat zu erklären und jede Untersuchung über die Auftraggeber und die Schergen niederzuschlagen. Mussolini fürchtete aber, dass das Regime dieser Belastungsprobe nicht gewachsen wäre und zog es vor, die "Freunde" über Bord zu werfen. Bei diesem plötzlichen und unsanften Verfahren verschafften sich nun einige durch kluges Schweigen einen Rettungsgürtel. Wir finden sie heute an Kommandostellen wieder, wie Marinelli als administrativen Generalsekretär der Partei und Ehrenkorporal der Miliz, De Bono als Minister der Kolonien. Rossi dagegen rächte sich für die Preisgabe, indem er redete und sich durch Niederschrift eines Memorandums über die Vorgeschichte der Ermordung Matteottis vor Gewaltmassregeln zu schützen suchte. In der Tat kam Rossi nicht vor die Assisen, so wenig, wie Marinelli, obwohl die Voruntersuchung die Eröffnung des Hauptverfahrens gegen beide wegen Freiheitsberaubung beantragt hatte. Für dieses Verbrechen wurde rechtzeitig Amnestie erlassen. Aber seiner wiedererlangten Freiheit wurde der Mann, der bisher selbst als kleiner Diktator gehaust hatte, nicht froh. Man überwachte ihn, bespitzelte ihn und beschränkte seine Bewegungen, suchte ihn gegen grosse Geldentschädigung von Rom fernzuhalten. Eines schönen Tages entkam Rossi nach Frankreich und gab nun Mussolinis "Freundschaft und Dankbarkeit" mit gleicher Münze zurück. Er veröffentlichte sein Memorandum, gab Interviews, schrieb Artikel und stellte den Fascismus blos, indem er ihn so zeigte, wie er ihn kannte. Und dass er ihn so sehr gut kannte, sollte ihn dreissig Jahre Zuchthaus kosten.

Es passt durchaus zum Ton der ganzen Affäre, dass der von Mussolini verratene Verräter Rossi nun seinerseits von einem Spiessgesellen der beiden einstigen Freunde, von dem von ihm geförderten Filippelli, an die italienische Polizei verraten und verkauft wurde. Es ist noch in aller Gedächtnis, wie Philippelli gegen Geld seinen früheren Gönner an die italienische Grenze der Schweiz lockte, wo er auf eidgenössischem Gebiet von italienischen Polizisten verhaftet wurde. Seit er so in die Krallen des Fascismus geraten war, konnte man über den Ausgang der Sache nicht mehr in Zweifel sein. Im Hassen ist Mussolini treu und beständig. Jeder wusste, dass er den Feind nicht lebend auslassen würde. Viele glaubten, dass Rossis ein Todesurteil harrete.

Die gewaltsame Beseitigung von Spiessgesellen gehört zu den alltäglichen Erscheinungen der Verbrecherwelt. Sie hat ihre innere Notwendigkeit in dem Bedürfnis, das Bekanntwerden der Verbrechen zu verhindern und wächst auf demselben Holz wie die Erpressung. Psychologisch hebt sich Rossis Ende in keiner Weise über das Niveau der gemeinen Delinquenz hinaus, zeigt uns keine neue Seite der Beteiligten, erweist sich als eine zwangsläufige Auswirkung dessen, was

der Dichter den "Fluch der bösen Tat" nennt. Aber die Sache hat eine politische und juristische Seite, die Beachtung fordert und verdient. Und diese liegt darin, dass sich hier eine Parteirache oder auch nur eine Privatrache in den Formen der Legalität vollzieht, dass im heutigen Italien ein Gesetz es erlaubt, eine Beeinträchtigung von Klikeninteressen als Staatsverbrechen und Landesverrat zu ahnden.

Rossi hat das Ausland über Mussolinis Beteiligung an der Ermordung Matteottis und an andern Gewalttaten, wie den Anschlägen auf Misuri, Amendola, Forni unterrichtet und das ist nach dem Ausnahmegesetz vom November 1926 ein Verbrechen gegen die Sicherheit des Staats. Die blosse wahrheitsgemässe Mitteilung von Tatsachen, die dem italienischen Staat abträglich sind, wird durch dieses Gesetz mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren bedroht. Je skandalöser also die Zustände in Italien werden, je mehr also ihr Bekanntwerden dem Prestige des Staates Abbruch tut, um so strenger wird jede wahrheitsgetreue Mitteilung an das Ausland bestraft. Aber das Urteil gegen Rossi in seinem heutigen Ausmass ist nur durch einen alten Trick des Fascismus möglich geworden, nämlich durch die Verquickung der fascistischen Partei mit der Nation. Was man der Partei an Schäden zufügt, wird als Schädigung des Landes, als Vaterlandsverrat geahndet. Ausserdem lautete die Anklage auf Aufreizung zum Bürgerkrieg und Vorbereitung eines Attentats gegen Mussolini. Es ist zwecklos, die juristische Haltbarkeit dieser Anklagen zu diskutieren. Hier interessiert uns die Rechtsbeugung als Einzelfall, als Laieendienst der Richter im Schwarzhemd, nur mässig. Was uns interessiert ist die Tatsache einer Gesetzgebung, die gewissermassen ein Faustrecht aus Paragraphen herstellt und Privatrache in die Formen der Legalität kleidet. Dieses Verfahren gräbt einen Abgrund zwischen dem Rechtsgefühl des Volkes und der die Justiz ausübenden Staatsgewalt. Italien steht heute in dieser Hinsicht genau an demselben Punkt, wo es zur Zeit der Fremdherrschaft stand: es sieht im Staat nicht einen Sachwalter seiner Interessen, sondern das verhasste Werkzeug von Sonderinteressen. Der grösste Fluch der Fremdherrschaft, ihr traurigstes Erbteil war diese Einstellung des italienischen Volkes zum eignen Staate, die erst langsam in den ersten Jahrzehnten dieses Jahrhunderts überwunden wurde. Jetzt ist sie wieder aktuell, den Tatsachen angemessen. Das ist unendlich viel wichtiger als die Episode, dass von zwei Spiessgesellen einer dem andern den Fuss auf den Nacken setzt. Nicht um Rossi ist es schade - für seine Mitschuld an der Ermordung Matteottis wäre er in einem Rechtsstaat auch nicht billiger davongekommen - schade ist es um die innere Einheit Italiens, die zerklüftet, wie in den schlimmsten Zeiten der Fremdherrschaft.

Rein juristisch und vom Standpunkt der fascistischen Justiz, der fascistischen Paragraphen, ist hervorzuheben, dass Rossi auf Grund desselben Ausnahmegesetzes, das ihn vor das Spezialgericht brachte und ihm auch den Kopf kosten konnte, die italienische Staatsbürgerschaft abgesprochen war. Er konnte also kein Landesverräter sein, da er keines Landes Bürger ist. Wie denkt der Völkerbund über diese Ausdehnung der fascistischen Gerichtsbarkeit über die Grenzen des italienischen Staatsgebietes und über die der italienischen Staatszugehörigkeit hinaus? Rossi interessiert uns nicht, aber die Tatsache interessiert uns, dass man auf Schweizer Boden einen Nicht-Italiener verhaften und für im Ausland begangene Taten auf dreissig Jahre in ein italienisches Zuchthaus stecken kann. Dass man den Mitwisser eines Verbrechens beseitigt, ist eine alte Vorsichtsmassregel. Aber derartige interne Angelegenheiten Mussolinis dürfen nicht internationale Dimensionen annehmen und die Rechtsgrundsätze der Kulturstaaten verletzen.

Das Joch seiner heutigen Fremdherrschaft muss das italienische Volk aus eigener Kraft abschütteln. Aber sich um die Wahrung internationaler Rechtsgrundsätze zu kümmern, ist für die europäischen Staaten ein Recht und eine Pflicht.

Aus aller Welt

Neue Raketenflugversuche.

Das erste Experiment missglückt.

SPD. Am Montag vormittag unternahm Fritz von Opel auf dem Flugplatz Rebstock bei Frankfurt a.M. zwei neue Startversuche mit seinem Raketenflugzeug, die jedoch kein befriedigendes Ergebnis erzielten. Bei der Maschine handelt es sich um den Typus des Segelflugzeuges, einen Eindecker, dessen Rumpf kurz hinter dem Führersitz abgeschnitten ist.

Kurz vor 9 Uhr fand der erste Startversuch statt. Eine Rakete, die auf elektrischem Wege entzündet wurde, brachte das Flugzeug in schnellem Tempo über die Laufschiene und 50 Meter darüber hinaus. Dann jedoch blieb das Flugzeug stehen, weil die anderen Raketen nicht zündeten.

Gegen 11 Uhr liess Fritz von Opel einen zweiten Versuch folgen. Auch diesmal lief das Raketenflugzeug unter ungeheurer Rauchentwicklung über die etwa 12 Meter lange Schiene und noch etwa 100 Meter weit über das freie Feld. Dann blieb es abermals stehen. Der Konstrukteur Sander führt das erneute Versagen der Raketenzündungen auf einen Fehler in der Batterie zurück. Dass der Versuch nicht ungefährlich gewesen ist, erhellt aus der Tatsache, dass Fritz von Opel sich bei seinem zweiten Startversuch die Nackenhaare verbrannt hat.

Für das Starten und Landen von Flugzeugen dürfte die Pulverrakete schon in ihrer heutigen Form, obwohl Fritz von Opels Versuche einstweilen missglückt sind, eine grosse Bedeutung gewinnen. Während es bisher für grössere Wasserflugzeuge oft sehr schwer ist, vom Wasser abzukommen, kann man mittels einer Startrakete das schwerste Wasserflugzeug in wenigen Minuten aus dem Wasser emporheben. Auch die Katapultvorrichtung, die auf dem Lloyd dampfer "Bremen" benutzt wird, und die mehrere Tonnen wiegt, könnte durch die nur wenige Kilo schwere Rakete ersetzt werden. Vielleicht noch wichtiger dürfte die Bremsrakete für das Flugwesen werden. Bisher weist ein Flugzeug überhaupt noch keine wirksamen Bremsen auf. Dieser Mangel hat zum grossen Teil die zahlreichen Unfälle bei Notlandungen zur Folge. Durch die Einschaltung einer Bremsrakete könnte der Auslauf eines Flugzeuges vielleicht auf zehn Meter herabgemindert werden.

Für den reinen Raketenflug wollen Fritz von Opel und sein Konstrukteur Sander die Pulverrakete durch eine Rakete mit flüssiger Antriebskraft ersetzen. Diese Rakete hat schon bei Laboratoriumsversuchen länger als die Pulverrakete gebrannt und hat ausserdem den Vorzug, dass der Schub beim Abbrennen reguliert werden kann. Nach dem Ergebnis der Laboratoriumsversuche wird ein Dauerbrand der Rakete mit flüssigen Antriebsmitteln für viele Stunden möglich sein, sobald geeignete Zuleitungen und Armaturen geschaffen worden sind. Die Ausführung längerer Flüge mit Flüssigkeitsraketen dürfte demnach voraussichtlich nicht mehr lange auf sich warten lassen.

+ + +
Rätselhafter Todesfall. Im Büro der Erziehungs- und Pflegeanstalt für Schwachsinnige "Hephata" in München-Gladbach-Rheydt, die dem gleichnamigen, der evangelischen inneren Mission nahestehenden Verein in München-Gladbach gehört und etwa 500 Schwachsinnige beherbergt, wurde eine 21 Jahre alte Angestellte auf dem Sofa tot aufgefunden. Allem Anschein nach ist die Tote nach heftigem Kampfe vergiftet worden. Beim ersten Verhör des Anstaltspersonals durch die Polizei ergab sich, dass der Anstaltsdirektor Nieseling intime Beziehungen zu der Ermordeten unterhalten hat. Der Direktor wurde sofort verhaftet, konnte jedoch in einem unbeobachteten Augenblick flüchten und wurde erst am Abend in einem Versteck in der Anstalt aufgestöbert und festgenommen. Nieseling, ein Mann von 45 Jahren, stellte

bei seiner Vernehmung durch den Oberstaatsanwalt eine Schuld an der Ermordung des Mädchens entschieden in Abrede. Man rechnet damit, dass die gerichtsarztliche Obduktion der Leiche nähere Aufschlüsse ergeben wird.

Verhaftung eines Berliner Bankiers. Auf Antrag der Oberstaatsanwaltschaft Frankfurt a.O. wurde am Montag vormittag der 52 Jahre alte Bankier Ludwig de Leopold, der Mitinhaber und erste Direktor einer sogenannten Internationalen Kredit A.G., in seiner Berliner Wohnung festgenommen und sofort dem Vernehmungsrichter im Berliner Polizeipräsidium vorgeführt. Der Bankier wird beschuldigt, an grossen Hypothekenschwindeleien seines Frankfurter Agenten Schulz beteiligt zu sein. Leopold bestreitet, etwas von den schon ein Jahr zurückliegenden Betrügereien seines Angestellten gewusst zu haben. Schulz selbst hatte bei seinen wiederholten Verhören angegeben, dass der Direktor nicht nur von seinen Betrügereien gewusst, sondern ihn sogar dazu angestiftet habe.

Frauenmord in Düsseldorf. Auf den Oberkasseler Rheinwiesen bei Düsseldorf fanden Passanten am Montag morgen die Leiche einer etwa 35 Jahre alten weiblichen Person in einer riesigen Blutlache auf. Der Gerichtsarzt Professor Dr. Berg stellte fest, dass der Frau die Schädeldecke durch acht Schläge mit einem schweren, kantigen Gegenstande völlig zertrümmert worden war. Da bei der Toten bereits die Leichenstarre eingetreten war, dürfte ihre Ermordung etwa zwischen ein und zwei Uhr nachts erfolgt sein. Es handelt sich um eine Frau, die bis vor wenigen Tagen in einigen berüchtigten Kneipen der Düsseldorfer Altstadt verkehrt hat, deren Name dort jedoch nicht bekannt war. Bisher haben Kriminalpolizei und Staatsanwaltschaft weder die Personalien der Tpten noch eine Spur des Täters ermitteln können. Die Häufung von Mordüberfällen in Düsseldorf in den letzten Wochen hat der Düsseldorfer Polizeipräsidenten veranlasst, die Entsendung hervorragender Kriminalspezialisten aus Berlin anzufordern. Kriminalrat Gennat und Kriminalkommissar Braschwitz aus Berlin sind inzwischen in Düsseldorf eingetroffen und haben die Ermittlungen aufgenommen.

Ein erfolgreicher Filmschwindler. Die Berliner Kriminalpolizei verhaftete am Montag vormittag den 36 Jahre alten Berliner Kaufmann Herbert Petter, der sich als Jnhaber einer in weiten Kreisen unbekanntem Firma "Deutsche Landfilm-Gesellschaft" bezeichnete und der beschuldigt wird, seine zahlreichen Angestellten, die in seinem Geschäft eine sogenannte Interesseneinlage machen mussten, um bedeutende Beträge geprellt zu haben. Zu den Geschädigten gehört u.a. eine Schauspielerin Alice von Blumenthal, der die Hauptrolle eines Films "Die deutsche Landwirtschaft und ihre Bedeutung für die Volksernährung" zugedacht gewesen war. Aus den 20 Anzeigen, die bisher gegen Petter vorliegen, ergibt sich, dass er seine Mitarbeiter um etwa 30 000 Mark betrogen hat.

Dampferunglück in Ostasien. Als am Montag morgen der japanische Dampfer "Kotoschiro Maru" bei der Insel Haschijo in der Bucht von Tokio in einem sehr schweren Sturm auf Grund geriet, wurden 10 Passagiere und 20 Mann der Besatzung vermisst. Man befürchtet, dass diese 30 Personen während des Unfalls ertrunken sind.

Grossfeuer bei Berlin. In der Nacht zum Montag brach in dem Berliner Vorort Lichtenrade auf dem Gehöft eines Landwirts ein Brand aus, der ein grosses Stall- und Scheunengebäude zum grössten Teil vernichtete. Ein junger Mann, der sich an den Arbeiten zur Rettung des Viehs beteiligte, erlitt eine so schwere Rauchvergiftung, dass er ins Krankenhaus gebracht werden musste. Zwei Saisonarbeiter, die bei dem Landwirt seit etwa 14 Tagen bei der Kartoffelernte beschäftigt gewesen waren und demnächst wieder entlassen werden sollten, sind unter dem Verdacht der fahrlässigen Brandstiftung verhaftet worden. Die beiden waren unmittelbar vor dem Ausbruch des Feuers betrunken heimgekehrt und beschuldigen sich gegenseitig, noch beim Schlafengehen geraucht zu haben.

Gewerkschaftliche Bündnisse

40 Jahre "Textilarbeiter".

SPD. Am 4. Oktober sind es 40 Jahre her, seitdem "Der Textil-Arbeiter", die Zeitung des Deutschen Textilarbeiterverbandes, aus der Taufe gehoben worden ist. Die Textilarbeiter gedenken dieses Tages durch die Herausgabe einer vortrefflich gelungenen Jubiläumsnummer. Theodor Leipart, der Vorsitzende des ADGB, würdigt in einem Leitartikel die besonderen Aufgaben der Gewerkschaftspresse; die Gauleiter erzählen von ihren Erlebnissen aus dem Kampf um den "Textil-Arbeiter" und Ehrenverbandsvorsitzender Karl Jübsche, Verbandsvorsitzender Karl Schröder, Albin Reichelt und Redakteur Hugo Dressel wissen Wichtiges und Interessantes aus seiner Geschichte mitzuteilen.

Im Grund genommen ist der "Textil-Arbeiter" schon älter als 40 Jahre. Er hat in der "Deutschen Manufakturarbeiter-Zeitung" bereits einen Vorläufer gehabt. Im Frühjahr 1887 wurde aber der Deutsche Manufakturarbeiterverein, der seinen Sitz in Gera hatte, auf Grund des Sozialistengesetzes aufgelöst. Damit erlosch auch der "Deutschen Manufakturarbeiter-Zeitung" das Lebenslicht aus. Die hohe Behörde hat aber nicht mit den sächsischen Webern und Wirkern gerechnet. Sie waren nicht müßig; sie schafften Ersatz für den aufgelösten Manufakturarbeiterverein und gründeten neue Organisationen. In Chemnitz und Umgegend entstand u. a. der Wirkerverein. Selbstverständlich vergass man nicht, dass eine schlagkräftige Organisation eine schlagkräftige Zeitung haben muss und so gründete man mit dem Wirkerverein sofort den "Textil-Arbeiter". Das war ein Taufen! Der Wirkerverein gab auch lange Zeit hindurch dem neuen Organ das wirtschaftliche Rückgrat. Der "Textil-Arbeiter" ist somit der unmittelbare Nachfolger der "Deutschen Manufakturarbeiterzeitung", die vom 1. Juni 1884 bis zur Auflösung des Manufakturarbeitervereins im Frühjahr 1887 die Interessen der deutschen Textilarbeiterschaft vertreten hat.

Was für uns heute kaum denkbar ist: Der "Textilarbeiter" erschien zunächst im Privatbesitz und wurde von dem Drucker R. Walther in Burgstädt in Sachsen herausgegeben. Er zeichnete als Redakteur, war zu gleicher Zeit aber auch Expedient. Daneben versah er noch eine Reihe anderer Aemter und war obendrein noch in der Agitation tätig. Dafür bekam er einen Wochenlohn von sage und schreibe 16 Mark. Der Aufstieg der Arbeiterbewegung war eben schwer und das soll man gerade den alten Kämpfen, die heute davon zeugen, niemals vergessen. Reichelt schloss seine mannigfaltige Tätigkeit im Jahre 1896 vorläufig damit ab, dass er 8 Monate wegen Majestätsbeleidigung ins Gefängnis ging. Dort war er bereits bekannt. So ging er 1891 für 2 Monate in Staatspension, weil der "Textil-Arbeiter" in einem Eingeklagt aus Augsburg einen Direktor der dortigen Buntweberei kritisiert hatte. Es war nicht ganz ungefährlich, Redakteur des "Textil-Arbeiter" zu sein.

Ostern 1891 beschloss auch der erste Verbandstag des neu gegründeten Deutschen Textilarbeiterverbandes, den "Textil-Arbeiter" käuflich zu erwerben und als Verbandsorgan in eigene Regie zu nehmen. Das war nicht ganz so einfach. Der bisherige Drucker sollte mit 500 Mark abgefunden werden. Diese Summe war schlecht zu beschaffen. 250 Mark waren da und so musste derselbe Textilarbeiterverband, der heute Millionenkonten bei der Arbeiterbank unterhält, 250 "pumpen", um seine Verpflichtungen zu erledigen.

Bei seiner Gründung hatte der "Textil-Arbeiter" eine Auflage von wenigen 100 Exemplaren. Heute werden 280 000 gedruckt, ohne rund 25 000 Exemplare "Gewerkschaftliche Frauenzeitung", die an weibliche Mitglieder geliefert werden. Vo

den Verheerungen des Weltkrieges blieb das Organ des "Textilarbeiter" selbst verständlich auch nicht verschont. Ende 1916 war seine Auflage auf 59 herabgesunken. Noch schlimmer als die Kriegsjahre wirkten die Inflationsjahre 1919/23. In den letzten 20 Wochen des Jahres 1923 konnte infolge der durch die Entwertung des Geld herbeigeführten Teuerung nur noch 3 Nummern der Zeitung herausgegeben werden und zwar zweiseitig. Die letzte Nummer war überhaupt nur an ein Viertel der Bezieher zu liefern. So schwer war die Zeit. Dann setzte im Jahre 1924 der unaufhaltsame Aufstieg ein.

Wir können nur unterstreichen, wenn Karl Schrader über den jetzigen Stand des "Textil-Arbeiter" folgendes feststellt: "Der Kenner der Verhältnisse muss zugeben, dass alle Kollegen, die im Laufe der Jahre in der Redaktion verantwortlich mitarbeiteten, ihre volle Pflicht und Schuldigkeit getan haben, um die Zeitung auf das Niveau heraufzuarbeiten, auf dem sie sich jetzt befindet. Anerkennung aber soll auch finden die Mitarbeit der Kollegen im ganzen Reich, die so manchen trefflichen Beitrag geliefert haben. In Hunderten von Artikeln sind die kompliziertesten Fragen unserer Textilindustrie erörtert worden. Den feinen Verästelungen des Kapitals und seinem teilweisen internationalen Zusammenwirken in Konzernen und Trusts wurde nachgegangen und so der Arbeiterschaft gezeigt, dass für eine Betätigung des Kapitals nationale Grenzen überhaupt nicht existieren. Es ist ein besonderes Verdienst des "Textil-Arbeiter", hier Aufklärung und Wissen an Hunderttausende vermittelt zu haben, und alle Anstrengungen anderer Kreise, die nach der entgegengesetzten Seite tendieren, sind zur Erfolglosigkeit verurteilt. Der "Textil-Arbeiter" ist geworden, was er sein sollte und sein muss: Ein Führer und Wegweiser im Kampfe um die Erringung einer besseren Existenz, der Anteilnahme der Textilarbeiterschaft an einer höheren Kultur im allgemeinen."

SPD. Im Bereich des Landesarbeitsamtes Brandenburg ging die Zahl der Arbeitsuchenden in der Woche vom 16.9. bis 21.9. um 603 auf 215 449 zurück. Der Rückgang macht 0,28 % aus gegenüber einer Zunahme von 0,67 % (=1440 Personen) in der Vorwoche. Die Arbeitsuchenden verteilten sich auf Berlin mit 184 355, auf die Provinz Brandenburg mit 30 203 und auf die Grenzmark Posen-Westpreußen mit 891 Personen.

SPD. Die kommunistische Partei wolle den wilden Rohrlegerstreik in Berlin zu einer "Durchbruchschlacht" gestalten. Das scheint nicht ganz gelungen zu sein. Die in der kommunistischen Partei organisierten Bauarbeiter haben nämlich trotz wiederholter, den Ausschuss androgender Parteibefehle abgelehnt, die "Kampffront der Rohrleger zu verbreitern". Nun will die KPD-Zentrale die widerspenstigen kommunistischen Mitglieder im Baugewerbe vor ein Parteigericht zitieren.

SPD. Die vor geraumer Zeit beschlossene Fusion zwischen der Commerz- und Privatbank und der Mitteldeutschen Kreditbank hat sich jetzt dahin ausgewirkt, dass in Berlin allein 100 Beamten der beiden genannten Institute gekündigt worden ist. Sie werden Ende dieses Jahres ihren Dienst verlassen. Auch im Filialsystem rechnet man mit Kündigungen im gleichen Umfang.



Kleingarten im Oktober.

SPD. Im Gemüsegarten ist die Ernte im Gange. Tomaten, Gurken und Kürbisse nimmt man vor Eintritt der ersten Nachfröste ab. Bei dem jetzigen schönen Wetter wird man sich nicht dazu entschliessen können, gerade Kürbisse hereinzunehmen. Dann muss man aber, sofern Nachfröste in Aussicht stehen, diese während der Nächte leicht bedecken. Dill und Neuseeländer Spinat, die beide im Frühjahr langsam keimen, sät man am besten im Monat Oktober. Rhabarber und Scharlotter werden gepflanzt. Spargelkraut ist, wenn es völlig abgestorben ist, abzuschneiden. Auch sei daran erinnert, Grünkohl für die Frühjahrsernte auszupflanzen. Abgeerntetes Gemüseland ist tief umzugraben und in groben Schollen über Winter zu lassen. Vielfach wird auch Torfstreu tief untergegraben, was sich immer lohnt. Bei den Arbeiten ist auf die Unkrautbekämpfung zu achten. Wird es jetzt aus dem Boden genommen, so erspart uns das im nächsten Jahr viel Arbeit. In vielen Gegenden werden die Tomaten noch nicht die volle Reife haben. Man hilft sich, indem man sie im Zimmer nachreifen lässt. Es sei noch besonders darauf hingewiesen dass die Ueberwinterungsräume für Gemüse luftig und trocken sein müssen. Das zur Ueberwinterung bestimmte Gemüse darf auch nicht nass geerntet werden. Faulige Stellen sind sorgsam zu entfernen. Nach Regenfall vertragen die Pflanzen im Gemüsegarten noch einen tüchtigen Jaucheguss; jedoch gebe man nicht zu viel und achte besonders darauf, dass nicht bei trockenem Wetter gejaucht wird.

Nach den ersten schwachen Frösten werden im Blumengarten die Knollen der Dahlien und alle nicht winterharten Zwiebeln und Knollen herausgenommen. Die Pflanzzeit der frühblühenden Zwiebelgewächse ist im Oktober beendet. Dagegen pflanze man jetzt Ziersträucher. Abgeblühte Stauden müssen dicht über dem Boden abgeschnitten werden. Die Rosen bekommen Kalkdüngung und zwar lässt man den Dünger obenauf liegen. Entblätterte Rosenstämme sind mit einer 3%igen Schwefelkalkbrühe anzustréichen. Befinden sich Rosenschildträger am Stamm, dann ist vorher ein Anstrich mit Schwefelkalzium notwendig und zwar nimmt man 1/8 kg auf 1 Liter Wasser. Auch Petroleumseifenbrühe tut gute Dienste.

Im Obstgarten bereitet man langsam die Ernte besonders der Spätäpfel vor. Bauernpflaumen werden abgenommen und zwar so, dass man die Ernte auf mehrere Tage verteilt und zunächst nur die reifen Früchte d.h. die Früchte nimmt, deren Kern sich glatt vom Fleisch löst. Noch wichtiger ist die Reife beim Edelapfel. Erst durch völlige Reife erhält der Apfel den schönen Geruch und den wirklich guten Geschmack. Man erkennt die Reife daran, dass sich der Stiel beim Anheben der Frucht vom Fruchtknoten löst. Bricht der Stiel jedoch mitten durch, dann sind die Früchte noch nicht pflückreif. Beim Ernten soll man Vorsicht üben, damit man den Baum nicht verletzt. Auch ist das Fruchtholz zu schonen. Die Rinde alter Obstbäume kratzt man ab und versieht die Bäume mit einem Kalkanstrich. Man legt auch jetzt Raupenleimgürtel zum Fangender Frostnachtschmetterlinge. Der Oktober ist auch der beste Pflanzenmonat für Obstbäume. Man pflanze grundsätzlich nur beste Sorten, die man aus Baumschulen mit Ruf bezieht. Das Pflanzenloch muss möglichst breit und möglichst tief sein. Die jungen Pflanzen müssen nämlich die Möglichkeit haben, schnell und tief in den Boden zu dringen. Das wird erleichtert, wenn man dem Pflanzenloch die nötige Tiefe und Breite gibt. Bei der Ernte merkt man auch, wo die Zweige zu dicht stehen. Hier beginnt man sofort mit dem Auslichten. Für die Aufbewahrungsräume des Winterobst gilt dasselbe, was oben bereits für das Gemüse gesagt worden ist.

Nach der Ernte wird im Obstgarten gegraben. Zugleich wird die Düngung vorgenommen und zwar empfiehlt sich, den Bäumen natürlichen Dung, Stallmist, zu geben. Für leichten sandigen Boden ist der sogenannte kalte Dünger d.h. Rinder- und Schweinedünger angebracht. Schwere lehmige Böden erfordern hitzigen Dünger, also Pferde- und Schafdünger. In Abständen von 4 oder 5 Jahren gibt man dem Obstgarten auch Kalk und zwar genügen etwa 15 bis 20 kg Aetzkalk oder 40 kg kohlen-saurer Kalk auf 100 qm.

SPD. Das Statistische Reichsamt teilt mit: "Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und "Sonstiger Bedarf") beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats September auf 153,6 gegenüber 154,0 im Vormonat. Sie ist sonach um 3 vH zurückgegangen. Dieser Rückgang ist im wesentlichen auf eine Senkung der Ernährungsausgaben zurückzuführen, bei denen Preisrückgänge für Kartoffeln und Gemüse durch Preisteigerungen für Milch und Milchzeugnisse sowie für Eier nicht voll ausgeglichen wurden. Die Indexziffern für die einzelnen Gruppen betragen (1913/14 = 100): für Ernährung 154,2, für Wohnung 126,3, für Heizung und Beleuchtung 151,2, für Bekleidung 171,1, für den "Sonstigen Bedarf" einschl. Verkehr 192,1."

+ + +

Der Rückgang des Teurungsindex im Monat September will garnichts, vor allem nichts gegen die Auswirkungen der erhöhten Agrarzölle besagen. Der Rückgang beruht auf einer Veränderung der Kartoffel- und Gemüsepreise, die immer zur Zeit der Hochernten fallen, um mit Eintritt des Winters wieder stark anzusteigen. Die billigen Gemüse- und Kartoffelpreise sind also ein vorübergehender Zustand und können die steigende Tendenz des Ernährungsindex und des Teurungsindex nur vorübergehend verwischen. Im übrigen haben die infolge der Zollerhöhung gestiegenen Agrarpreise auch in diesem Jahr ein stärkeres Sinken des Ernährungsindex verhindert. Er fiel im vorigen Jahr von 155,6 im August auf 153,1 im September. In diesem Jahr hat er sich nur geringfügig gesenkt und zwar von 155 auf 154,2.

SPD. In der Angelegenheit des Schwedentrust teilt die Pressestelle der Reichsregierung mit, "dass eine Auslieferung der Zündholzindustrie an den Schwedentrust nicht in Frage kommt. Verhandlungen darüber sind auch niemals geführt worden. Es handelt sich vielmehr um folgendes: Die unhaltbare Lage aller in Deutschland produzierenden Zündholzfabriken und die damit verbundenen Gefahren der Stilllegung und weiteren Ueberfremdung machen eine Neuordnung der Zündholzwirtschaft unvermeidbar. In diesem Zusammenhang ist die Frage einer Gegenleistung des Schwedentrusts für die Verbesserung der Lage des Zündholzsyndikats und damit auch der von den Schweden in Deutschland betriebenen Fabriken in Form einer Anleihe Gegenstand von Erörterungen gewesen. Die Neuregelung der Zündholzwirtschaft kann im übrigen nur durch Gesetz erfolgen".

SPD. Dem Rheinisch-Westfälischen Elektrizitätswerk (R.W.E.) ist es gelungen, im Geschäftsjahr 1928/29 den Stromabsatz um 30% auf 2,7 Milliarden Kilowattstunden zu steigern. Die Steigerung bei den reinen RWE-Betrieben macht 40% aus. Sie lieferten eine Strommenge von insgesamt 2 Milliarden Kilowattstunden. Dem R.W.E. ist es möglich, trotz erhöhter Abschreibungen und trotz eines erhöhten Kapitals wieder 9% Dividende zu zahlen.

Weizen matt, Roggen behauptet.

(Getreidebörse vom 30. September)

SPD. Die schwächeren Meldungen vom Auslande und die dort sehr erheblich reduzierten Preise blieben nicht ohne Einfluss auf die Stimmung der Berliner Produktenbörse am Montag. Namentlich für Weizen war die Tendenz recht matt. Vom Ausland lag ausreichendes Angebot vor, das jedoch nur sehr schleppenden Absatz fand, wobei die Preise um etwa zwei Mark rückläufig waren. Roggen konnte seinen Preisstand besser behaupten, da hierfür anscheinend Stützungskäufe durchgeführt wurden. Am Markte der Zeitgeschäfte war gleichfalls die Tendenz für Weizen schwächer, während Roggen ziemlich lebhaft gehandelt wurde und seinen Preisstand einigermaßen behaupten konnte. Mehl wurde kaum gekauft. Die Forderungen der Mühlen waren zum Teil wieder herabgesetzt. Es wurde lebhaft darüber geklagt, dass die laufenden Kontrakte nur sehr zögernd und unvollkommen abgenommen werden. Von neuen Abschlüssen kann kaum die Rede sein. Gerste hatte unverändert sehr stillen Markt, Hafer war dagegen knapp offeriert und hatte stetige Tendenz.

	28. September	30. September.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	223 - 225	221 - 223
Roggen	180 - 182½	179 - 182
Braugerste	200 - 220	196 - 216
Futter- und Industriergerste	170 - 186	170 - 186
Hafer	166 - 176	166 - 176
loco Mais Berlin	207 - 208	207 - 208
Weizenmehl	28,25 - 33,75	28,25 - 33,50
Roggenmehl	24,75 - 27,50	24,50 - 27,25
Weizenkleie	11,60 - 12,25	11,60 - 12,25
Roggenkleie	10,80 - 11,25	10,80 - 11,25

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen September 238 (Vortag 238), Oktober 237½-236 (240), Dezember 250-248 (251½), Roggen September 191½ (191), Oktober 192-192½-192 (192½), Dezember 205½-204½ (206). Hafer September - (176), Oktober 178½-178 (178½), Dezember 193-192½ (193).

 Amtliche Eiernotierung.

(30. September)

SPD. Preise in Pfennigen je Stück im Grosshandel: Deutsche Eier: Trinkeier (vollfrische, gestempelte) Sonderklasse über 65 Gramm 16½, Klasse A. über 60 Gr. 15½, Kl.B. über 53 Gr. 14½, Kl. C. über 48 Gr. 13; frische Eier Sonderklasse 15½, Kl.A. 14½, Kl.B. 13½, Kl.C. 12; aussortierte kleine und Schmutzeier 9½. Ausländseier: Dänen 18er 16½, 17er 16; Schweden 18er 16½, 17er 15½-16, 15½-16er 15½, Estländer 18er 16, 17er 15½, 15½-16er 15, leichtere 14½; Holländer (Durchschnittsgewicht) 68 Gr.-, 60-62 Gr. 15½, Belgier (Durchschnittsgewicht) 16, 60-62 Gr. 15½, 57-58 Gr. 15½, Ungarn normale 12-12½, Russen grosse 12½-13, normale 12-12½, Polen, grössere 12, normale 11½-11½, abweichende 11-11½, kleine, Mittel- und Schmutzeier 9-10. Ins- und ausländische Kühleuseier und Kalkeier -. Witterung: schön. Tendenz: fest.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Str. 77

Berlin, den 30. September 1929

Kinderreiche Familien.

SPD. Ist man sich auch immer der weittragenden Bedeutung kinderreicher Familien für den Bestand und die Leistungskraft unseres Volkes bewusst gewesen, so hat man sich bedauerlicherweise doch bisher sehr wenig der kinderreichen Familien angenommen. Neuerdings hat eine statistische Arbeit von Burgdörfer, die sich mit dem Geburtenrückgang und seiner Bekämpfung beschäftigt, diese Vernachlässigung grell beleuchtet. Burgdörfer weist nach, dass die Geburtenzahl heute bereits um 9% hinter der für die Erhaltung des Volksbestandes erforderlichen Mindestzahl zurückbleibt. Vor allem in Grosstädten ergibt sich ein erschreckendes Bild, und es ist typisch, wenn die Statistik aus Bayern ganz deutlich erweist, dass der Anteil der kinderreichen Familien an der Gesamtfamilienzahl in gleichem Masse zunimmt, wie die Orte, in denen sie gezählt wurden, kleiner werden. In Bayern sind nach Burgdörfers Aufstellung für 1925 nur 14,7% aller Familien als kinderreich (mindestens 4 Kinder) errechnet worden. Als Reichsdurchschnitt ergeben sich sogar nur 10 bis 12%. Dabei sind zur Erhaltung des Bevölkerungsstandes 3 bis 4 Kinder pro Familie notwendig. Es müssen also alle Massnahmen ergriffen werden, um den Familiensinn zu stärken und den Lebenskampf der kinderreichen Familien zu erleichtern, denn diese beiden Momente dürfen vor allem als Ursache angenommen werden für den Geburtenrückgang und die mit ihm zusammenhängenden Erscheinungen.

Was kann nun zugunsten der kinderreichen Familien geleistet werden? Ein Artikel des "Nachrichtendienstes des deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge", der sich eingehend mit dieser Frage beschäftigt, weist auf die dringende Notwendigkeit engster Zusammenarbeit von Wirtschaftspolitik, Sozialpolitik und Wohlfahrtspflege im Dienste dieses Problems hin. Zugunsten der kinderreichen Familien, die ja grösstenteils zu den tragenden Elementen der Wirtschaft gehören, ist nicht nur heilende, sondern vor allem auch vorbeugende Arbeit zu leisten. Man darf sich also nicht damit begnügen, bereits hilfsbedürftig gewordenen Familien durch Mietbeihilfen, Unterstützungszuschläge usw. unter die Arme zu greifen, sondern es bedarf einer weitblickenden Wohlfahrtspolitik, die den besonders schwierigen Existenzkampf dieser Familien erleichtert und zugleich erzieherisch Arbeit am Volksganzen leistet.

Der Artikel des "Nachrichtendienstes" weist vor allem auf die Notwendigkeit weitgehender Wohnungsfürsorge zugunsten kinderreicher Familien hin. Wohl haben die Statistiken einzelner Länder gezeigt, dass die meisten kinderreichen Familien eigene Wohnungen haben. Aber diese Wohnungen sind überfüllt, und viele kinderreiche Familien haben von ihren ohnehin unzureichenden Wohnungen noch Zimmer vermietet, um ihr Einkommen zu erhöhen. Mit Recht wird darauf hingewiesen, dass Neubauwohnungen für kinderreiche Familien kaum in Frage kommen, weil hier die Mieten viel zu teuer sind. Man empfiehlt deshalb, gut instand gehaltene Altwohnungen für diese Familien bereitzustellen. Ausserdem kann ein laufender Mietzuschuss den Mietpreis in Neubauwohnungen ausgleichen. Daneben, so heisst es im dem genannten Artikel, "bleibt von grundsätzlicher Bedeutung die gesetzliche Finanzierung der Bauvorhaben. Sachsen hat versucht, durch Gewährung von zu günstigen Bedingungen abgegebenen Hauszinssteuerhypothenken eine grosszügige Finanzierung der Bauvorhaben zu erleichtern und dadurch die Aufnahme fremder Gelder und Gewährung laufender Mietzuschüsse entbehrlich zu machen. In neuerer Zeit interes-

sieren sich auch die Landesversicherungsanstalten für die Wohnungsförderung Kinderreicher. So hat die Landesversicherungsanstalt der Rheinprovinz unlängst die Gewährung von Wohnzuschüssen an kinderreiche Familien Versicherter beschlossen."

Auch bei der Bemessung der Unterstützung für Kinderreiche ist von manchen Fürsorgeverbänden mehr Verständnis zu verlangen. Man geht vielfach noch von der Ansicht aus, dass die Mehrausgaben für mehrere Kinder garnicht so gross sind, weil die Kosten für gemeinsame Wohnung und Lebenshaltung nicht entsprechend der Kinderzahl wachsen. Es ist zu hoffen, dass die Wohlfahrtsämter bald von dieser verfehlten Praxis abgehen. Mit grosser Berechtigung wird ferner in dem genannten Artikel darauf hingewiesen, dass, so sehr die Notwendigkeit materieller Unterstützung für Kinderreiche im allgemeinen auch anerkannt wird, die Zweckmässigkeit und der Segen einer Beihilfe für die Berufsausbildung in solchen Familien noch vernachlässigt werden. Es zeigt sich, dass bei den wenigsten kinderreichen Familien das Einkommen ausreicht, um die Kinder etwas Rechts lernen zu lassen. Die Folge davon ist ein sozialer Abstieg. Dabei ist in der Praxis der Fürsorge die Übernahme von Berufsausbildungskosten durchaus nichts Neues. Sie ist für Kriegswaisen längst in Übung und hat sich bewährt. Es ist zu hoffen, dass sie sich auch zugunsten kinderreicher Familien durchsetzen werde. Einen Anfang hierzu hat bereits das Landesjugendamt der Rheinprovinz gemacht, indem es Mittel für die Berufsausbildung von Kindern aus kinderreichen Familien bereitgestellt hat.

Noch in anderer Hinsicht ist die Rheinprovinz richtunggebend vorangegangen, indem sie Kinderreichen Mittel für Müttererholungszeiten zur Verfügung gestellt hat. In einer wissenschaftlichen Arbeit über die soziologischen Verhältnisse kinderreicher Grosstadtfamilien wird festgestellt, dass fast die Hälfte aller kinderreichen Mütter erwerbstätig ist. Wie notwendig solche Frauen, die neben der Last des Erwerbs die überaus grosse Arbeit für einen kinderreichen Haushalt zu leisten haben, eine Erholungszeit brauchen, und wie segensreich eine solche Erholungszeit nicht allein für die Frau selbst, sondern auch für die Harmonie und das Gedeihen der gesamten Familie ist, bedarf keiner näheren Erläuterung.

Es zeigt sich also, dass im Dienste der Fürsorge für kinderreiche Familien ein grosszügiges, planvolles Zusammenarbeiten aller zuständigen Stellen notwendig ist, und dass vorbeugende Arbeit nirgends mehr als gerade hier am Platze ist. Da gilt das Wort Jean Jacques Rousseaus: "Die Aufgabe ist nicht, jedes Geschwür, das sich auf dem Körper eines Kranken zeigt, besonders zu behandeln, sondern die Masse des Blutes, das sie alle hervorbringt, zu reinigen."

Frau Grete.

SPD. Wunderbar einsam lag das alte Heidehaus. Ein Gärtchen drängte sich an die Giebelseite, ein Birnbaum hing über das braune Dach, und ein paar Schritt weiter entfernt zog einer jenen Kanäle vorbei, wie sie hier überall in gerader Linie das Moor durchschneiden.

Jutta sprach mit der Besitzerin, die Matten flechtend in der Türe sass. Ob sie wohl bei ihr einige Monate wohnen könnte? Die Frau sah auf. "Meine Stube ist zwar besetzt, aber es wird sich wohl drüber reden lassen. Sind Sie allein, Fräulein?" "Ja, ganz allein", erwiderte Jutta und seufzte unhörbar. Die Frau zögerte. Dann sagte sie: "Ich hab' nämlich was drinnen, was ich gerne los wär'. S'ist wie ein Ehepaar und ist doch keins. Eine junge Frau, die ihrem Manne durchgebrannt ist und nun mit dem Liebhaber auf Reisen geht. Anfangs hab' ich es nicht gewusst und dachte, es sei alles in Ordnung. Es ist eine Schande!... Die Kinder hat sie verlassen, reizende, kleine; das Bild steht auf dem Nachttisch." Jutta sagte leise: "Nein, ich, ich bin nicht verheiratet, und einen Freund habe ich auch nicht." Die Frau lächelte; ein Lächeln, das ihr abgearbeitetes Gesicht verschönte. "Na, Fräulein, so strenge sind wir auch nicht, aber alles muss seine

Grenzen haben. Ich will Sie gern nehmen. Wann möchten Sie einziehen?" Sie besprachen das Nähere und schnell wurden sie einig.

Das vermeintliche Ehepaar zog prostierend ab, und Jutta räumte ihre Sachen ein. Frau Grete sah mit dem Blick der erfahrenen Frau bald, dass auch das etwas nicht stimmte; aber sie schwieg. Vertrauen muss von selber kommen.

Jutta lag draussen am Kanal unter den Brombeersträuchern und schaute durch das Gewirr der Blätter in den blauen Herbsthimmel. Sie dachte an das werdende Kind in ihrem Schoss. In drei Monaten. Wie gut, dass sie so gespart hatte; nun konnte man sich und dem Zukünftigen diese ruhigen Monate gönnen. Freilich ihren alten Posten würde sie wohl nicht wieder bekommen, aber für eine geschickte Arbeiterin fand sich bald wieder etwas. Dann hiess es arbeiten für zwei! Aber vielleicht, wenn er es erst einmal gesehen hätte— und natürlich würde es ein schönes Kind werden—, dann gab es wohl eine Aussöhnung zwischen ihnen und schliesslich eine Heirat. Denn sie waren im Streit auseinander gegangen, im Streit um nichts...

Als Jutta heimkam, gellte Frau Gretes Stimme durch das Heidehaus. Sie war hier der Herr; sie liess sich nichts nehmen, und wie sie selber schuftete, verlangte sie's von den andern auch. Ein Rätsel, was sie alles zustande brachte: ausser dem Hauswesen, den Tieren, dem Buttern, dem Pflanzen verdiente sie noch immer ein paar Mark am Flechten bunter Matten, die ein Händler regelmässig abholte. Darum sah sie auch ausgemergelt und früh gealtert aus, und ihre Stimme war scharf und schrill geworden und verleugnete das gute Herz ihrer Besitzerin. Der Mann erschien jugendlich neben ihr, rotbäckig, mit blanken, ein wenig verträumten Augen, still, langsam. Er stach Torf draussen auf dem Moor und schnitt das Schilf im Teich, das sie für die Matten brauchte. Zwei Knaben waren da.

Warum konnten die verfluchten Bengels nicht aufpassen! Da hatte Frau Grete Birnenschnitte zum Trocknen auf Bindfäden gezogen und über die Wiese vor dem Hause gespannt. Die heimkehrenden Ziegen, nach den Leckerbissen springend, hatten sich gütlich daran getan. Ziegen hüten, das war doch wirklich keine schwere Sache! Wo hatten sie denn gesteckt, die Jungens? Im Kanal natürlich, beim Fischefangen!

Frau Grete schimpfte noch eine Weile fort, aber als Jutta näher kam, lächelte sie dazwischen und wurde bald ruhig. Sie hatte ihre junge Mieterin gern. Wenn sie etwas Gutes gebacken hatte, stand immer ein Tellerchen davon für jene da. Heute kam sie ihr ins Zimmer nach. "Eine Neuigkeit, Fräulein Jutta! Wir bekommen das Haus in der Siedlung! Ein ganz neues Haus! Heut' waren die Herren noch einmal da und haben noch mehr gefragt, als sonst, und alles ist perfekt. Auch der Käufer dieses Hauses hat sich entschlossen. In vier Wochen ziehen wir aus."

"Ich gratuliere, Frau Grete, obgleich es für mich traurig ist. Ich hatte gehofft, bei Ihnen zu bleiben, bis —" Sie stockte. "Bis das Kindchen angekommen ist," ergänzte Frau Grete in mütterlichem Tone. Jutta errötete. Man hatte nie darüber geredet. Die andere flitzte aus der Stube, denn es war Zeit zum Mittagsmilken.

An diesem Abend suchte Jutta Frau Grete auf, die den letzten Schein des Tageslichtes zum Stricken ausnützte, und die beiden Frauen sprachen sich zum ersten Male aus. Jutta erzählte von dem, was ihr Glück und ihr Unglück war, und nächher sagte die Aeltere: "Ich hab' auch nicht immer solche böse Stimme gehabt wie jetzt. Aber da ist ein Abend gewesen... wir haben damals das Geschäft noch gehabt (ein gutgehendes Kolonialwarengeschäft in der Stadt)... Mein Mann hat seinen Bruder und die Schwägerin mitgebracht, und sie haben gegessen und getrunken und weiter getrunken, und dann sind sie ganz still geworden und haben nur unter sich getuschelt, und am Ende sind sie über mich hergefallen und haben mich verprügelt, drei gegen eine!... Nachher hat er's bereut und mich um Verzeihung gebeten; aber es war nun einmal geschehen. Und seitdem habe ich kommandiert im Haus, und er hat nie mehr was zu sagen gewagt..."

Bald darauf hat er in den Krieg müssen. Das Geschäft konnte ich nicht halten. Ich wurde Trambahnschaffnerin. Aber der Winter war kalt; ich erfror mir die Füsse und musste den Posten aufgeben. Was nun? Wie sollte ich mich und die Kleinen erhalten? Da fiel mir ein Plakat ein, das damals in den Elektrischen häufig

angebracht war, und das ich hundertmal gedankenlos gelesen hatte: "Geht aufs Land, da findet ihr Arbeit und Brot!" Ich zog hierher in die Heide. Von Landwirtschaft verstand ich wenig. Ich fragte die Bauern. Sie lächelten spöttisch und schwiegen. Schliesslich begriff ich, das sei ihre Art. Da fing ich an, ihnen heimlich abzugucken, was ich wissen wollte. Ich lernte schnell. Alles glückte mir. Anfangs hielt ich nur ein paar Ziegen, dann Schweine, nun die Kuh. Als mein Mann heimkam, fand er ein geordnetes Anwesen vor.."

"Werden Sie sich nicht einmal ausruhen? Sie arbeiten zu viel."

"Ich kann nicht mehr anders."

Es war dunkel geworden. Frau Grete tastete nach dem Lichtschalter. Dann griff sie in den Flickkorb, voll von zerrissenen Strümpfen und Hemden.--

Als der Tag des Abschieds gekommen war, tat es beiden Frauen leid, voneinander zu gehen. Aber es musste sein, denn drüben in dem neuen Hause war kein Platz für eine Fremdenstube. Jutta versprach, zu schreiben, wenn alles glücklich vorüber wäre. -

Vorüber ging es, wenn auch nicht glücklich. Das Kindchen starb sehr bald. Jutta geriet in Not. Sie hatte keine Zeit, zurückzudenken. Später fiel Frau Grete ihr einmal ein, und sie kramte nach der Adresse, konnte sie aber nicht finden. So hörten sie niemals wieder voneinander, die beiden, die einen Sommer lang unter dem braunen Dache miteinander gelebt hatten. Ob Frau Gretes Stimmes noch immer durchs Haus gellte und ihr Herz dabei noch so warm schlug?

K. Dorf.

Die Arbeiterin als Königsmutter.

SPD. Wie ein Roman liest sich die Lebensgeschichte der Ellen Forsyth, die im Jahre 1616 als Tochter eines englischen Bäuerleins geboren wurde. Trunksucht, Spielleidenschaft und Missernten brachten den Vater an den Bettelstab, und nach seinem Tode musste die Mutter mit Tagelöhnerarbeit und Gänsehüten sich und den Kindern das Brot verdienen. Als sechszehnjähriges Mädchen blieb Ellen als Waise zurück. Für die derbe Landarbeit war sie nicht kräftig genug; deshalb versuchte sie es mit Nähen und Handarbeit. Mit dieser Beschäftigung war aber schon damals kein trocken Brot zu verdienen, sodass das junge Mädchen als letzte Zuflucht das Armenhaus vor sich sah. Ehe sie sich dazu entschloss, beschloss sie, ihr Glück noch einmal zu versuchen und in London auf Arbeitsuche zu gehen.

In den Strassen der grossen Stadt lag das Geld zwar nicht auf der Strasse, aber Ellen war froh, als es ihr gelang, in einer Brauerei Arbeit als Schenk mädchen zu finden. Diese Brauerei gehörte dem reichsten Brauer des damaligen London, Pasley mit Namen. Pasley bemerkte eines Tages bei einem Rundgang durch den Betrieb die neue Arbeiterin, nahm sie als Dienstmädchen in sein Haus und bot ihr nach einiger Zeit die Ehe an. Ellen sagte zu und nahm, fast über Nacht, in den Kreisen der wohlhabenden Londoner Kaufmannschaft eine angesehene Stellung ein.

Wenige Jahre darauf starb Pasley und hinterliess seiner Frau ein bedeutendes Vermögen. Der reichen und zugleich hübschen jungen Witwe fehlte es nicht an Kandidaten für eine zweite Ehe. Sie verheiratete sich denn auch zum zweitenmale mit dem hochangesehenen und einflussreichen Advokaten Edward Hyde, Pasleys Testamentsvollstrecker. War Ellens erste Ehe kinderlos geblieben, so wurde sie jetzt Mutter einer Tochter und zweier Söhne. Hyde (später Lord of Clarendon) war Schatzkanzler und verkehrte als Mitglied des Geheimen Rates in einem sehr engen Verkehr mit dem damaligen englischen Königshause. Besonders mit dem jüngeren Bruder des Königs, dem Thronfolger Jakob, war er so eng befreundet, dass er stillschweigend duldete, dass seine Tochter Anna mit Jakob eine geheime Ehe einging, die ursprünglich mehr nach einem Verhältnis aussah. Dieser Jakob, englischer Thronfolger und Schwiegersohn der ehemaligen Arbeiterin, erhielt aus seiner Ehe

mit Anna Hyde zwei Töchter: Maria, die Gemahlin des niederländischen Statthalter Wilhelm III. von Oranien, und Anna, die sich mit dem Kronprinzen Georg von Dänemark vermählte. Jakob, der Vater, wurde 1685, drei Jahre nach seinem Regierungsantritt, als Absolutist und Katholik, aus England vertrieben, und die beiden Töchter Ellen Forsyths Enkelinnen, bestiegen nacheinander den Thron.

Dann aber nahm der jähe Aufstieg der ehemaligen Arbeiterin ein tragisches Ende: ihre Tochter Maria starb kinderlos, während Anna zwar dreizehn Kinder hatte, die jedoch alle vor der Mutter starben. Ein drittes Kind des verstorbenen Königs, ein Sohn, wurde vom englischen Volk als untergeschoben betrachtet und nicht anerkannt; er starb als letzter Stuart-Prätendent in der Fremde. Der Zweig des englischen Herrscherhauses, der Ellen Forsyth zur Stammutter hatte, war ausgestorben; die Engländer griffen auf eine Seitenlinie zurück, und damit gelangte das Haus Hannover auf den Thron von England.

Luise Winkelmann.

Neues zur Vitaminforschung.

SPD. Unter Vitaminen versteht man gewisse in pflanzlichen und tierischen Substanzen enthaltene Stoffe, die zur vollkommenen Ernährung des Menschen notwendig sind. Diese Vitamine sind erst verhältnismässig spät entdeckt worden: 1897 hat ein holländischer Arzt auf Java nachweisen können, dass das Auftreten der Beri-Beri-Krankheit unter den Eingeborenen darauf beruhte, dass vor der Zubereitung von Reis, der dort die Hauptrolle in der Volksernährung spielt, das kleiehaltige Samenhäutchen, die sogenannte Silberhaut, entfernt wurde. Da bei dem Genuss von ungeschältem Reis die Krankheit niemals auftrat, so führte man sie auf das Fehlen von in der Silberhaut enthaltenen Substanzen zurück. Seitdem ist man der Bedeutung der Vitamine weiter nachgegangen, und heute weiss man, dass sie neben Wasser, Eiweiss, Kohlehydraten (z.B. Zucker und Stärke), Fetten und Mineralstoffen unentbehrliche Bestandteile der menschlichen Nahrung sind. Da man sich über die chemischen Eigenschaften der einzelnen Vitamine, die man entdeckt hat, noch nicht im klaren ist, so hat man sie der Einfachheit halber mit den grossen Buchstaben des Alphabets bezeichnet.

Das Vitamin A ist in allen grünen Gemüsen enthalten, ebenso reichlich in Mohrrüben und Tomaten, in Hammel- und Rinderfett, im Lebertran und Eigelb; sehr wenig dagegen nur im Mehl und in der Kartoffel. Das Vitamin B ist vor allem in der Milch enthalten, ferner im Getreide, in Hülsenfrüchten, in der Kartoffel und in der Tomate. Die Vitamine A und B sind für das Wachstum unentbehrlich, spielen also vor allem für Säuglinge und Kinderernährung eine grosse Rolle. Da die Muttermilch (und ebenso die Kuhmilch) beide Vitamine enthalten muss, so muss in der Ernährung der Mutter Rücksicht auf genügend Vitamine dieser Art genommen werden. Das Vitamin C, bei dessen Fehlen Skorbut auftritt, ist u.a. in allen grünen Pflanzenteilen enthalten, ausserdem in der Kartoffel, Tomate, Citrone, Apfelsine. In grünen Gräsern und Hülsenfrüchten kommt das Vitamin D vor, bei dessen Fehlen in der Nahrung Rhachitis auftritt. Neuerdings hat man noch ein Vitamin E entdeckt, das z.B. in der Sellerie sehr viel enthalten ist; dieses hängt aufs engste mit der Fortpflanzung zusammen; entzog man Versuchstieren längere Zeit dieses Vitamin so trat Sterilität, Unfruchtbarkeit, ein, die durch Zugabe des Vitamins zur Nahrung wieder behoben wurde.

Perlennägel, der neueste Modeunfug.

SPD. Die Damen der Londoner Gesellschaft (in der man sich in der Tat zu langweilen scheint) haben wieder einmal eine neue Mode, diesmal zur Abwechslung eine Fingernägelmode, erfunden. Die Art, wie die rosigen Pfötchen in Zukunft zu rechtgestutzt werden sollen, ist geradezu aufsehenerregend und bedeutet eine epochemachende Umwälzung auf dem Gebiete der Manikürkunst. Die Nägel, meist kurz oder oval getragen, sollen jetzt wachsen, blühen und gedeihen, bis sie beinahe die ausnehmliche Länge der durch einen Ersatzteil verlängerten Finger der chinesischen Mandarine erreichen. Sodann tritt die zuständige Fachkraft in Tätigkeit, poliert die Riesennägel dreieckig, rundet die Spitze und presst diese einer formvollendeten Perle gleich. Für stielichte Färbung wird natürlich gesorgt; die Fingernägel glitzern bezaubern und erwecken den täuschenden Eindruck, als wären sie mit echtem (beileibe nicht etwa imitierten!) Perlen versehen. Die neue Mode beweist wieder einmal, dass in der heutigen verrückten Zeit nicht alles echt ist, was glänzt!...

Ob sich der neueste Londoner Modefimmel durchsetzen wird, ist allerdings sehr fraglich, denn -- für wohlbeleibte Damen mit kurzen und dicken Fingern -- kommen die Perlennägel kaum in Frage. Im übrigen soll Paris, die anerkannte Geburtsstätte der europäischen Damenmode, die Perlennägel glatt abgelehnt haben und wartet zu Beginn der Saison mit einer individuellen Neuerung auf demselben Gebiete auf: Danach sollen von nun an auch die Fingernägel der mondänen Damen in dem Dienst einer einheitlichen Farbensymphonie gestellt werden und ihre Lackierung der Farbe des Kleides entsprechend wechseln. Unter Umständen also täglich mehrere Male. Zu dieser Reform kann man, wenn auch nicht die Damen, so doch zumindest die einschlägige Industrie ganz gewiss beglückwünschen!...

SPD. Der zeitgemässe Harem. Ibe Saud, der König des Hedschas, hat sich modernisiert. Er hat sich bei einer Londoner Firma mehrere Spezialautos bestellt, eine ganzen Kraftwagenkarawane, welche die Strecke von Mekka nach Meddina in Zukunft im Siebzigkilometer tempo zurücklegen wird. Für den König selbst wurde ein schwerer Tourenwagen mit besonderen Aussengriffen ausgestattet, an denen weissgekleidete Leibgardisten hängen, zumindest wenn bevölkerte Ortschaften durchquert werden. In zwei Autobussen mit je vierundzwanzig Sitzplätzen nimmt sodann die bis an die Zähne bewaffnete Leibwache Platz. Ihr folgen die "Haremwagen", fensterlos, mit Oberlicht jedoch versehen. Elektrische Ventilatoren fächeln Kühlung für die vierundzwanzig Frauen und ihre "Hofdamen", die je zu sechs in ihren zeitgemässen Käfigen kauern und durch die Wüste auteln, bis "der König ruft".

SPD. Das "heiligste Recht" des Ehemannes. Die Richter der amerikanischen Stadt St. Louis sind vorbildliche Menschenfreunde und wohl sämtlich -- verheiratet. Diesem Umstande verdankt Peter H. Pack seine Freisprechung. Seine ungetreue Gattin Viola aber muss nach erfolgter Scheidung auf jegliche Unterstützung ihres ehemaligen Gatten verzichten. Der sogenannte "Dritte", William C. Rheatter, wurde zur Tragung der Kosten verurteilt, was um so auffälliger war, als er zunächst in der Rolle des Privatklägers auftrat. Der Vorfall stellte eine Alltäglichkeit dar: Peter der Ahnungslose überraschte die flatterhafte Viola mit ihrem Freunde William im -- Automobil und verprügelte kurz entschlossen den "fahrenden Liebhaber". Dieser verklagte den impulsiven Ehemann wegen Körperverletzung, hatte damit aber wenig Glück, denn die Richter fällten das wahrhaft salomonische Urteil, dass es das heiligste Recht des Ehemannes sei, den Verehrer seiner Frau zu verprügeln, wenn er die Beiden überrascht, -- Das ist Amerikanismus in "gesundem Sinne"!

Kunst und Wissen

UNTERHALTUNGSBEILAGE DES S.P.D

Berlin, den 30. Sept. 1929.

Schiff in Not.

SPD. Seit Tagen schon lag das kleine Fischerboot auf hoher See. Das Wetter war günstig. Die Segel standen still wie die Flügel ruhender Seemöwen. Die Besatzung, fünf Mann hoch, den Steuermann mit einbegriffen, arbeitete unverdrossen... Sie warfen hier die Netze aus, dort holten sie schon die reiche Beute ein. Eine harte Arbeit, die des Fischers auf hoher See... Der Schweiss rann in Strömen über ihr sonnenverbranntes und wettergeschlagenes Gesicht.

Der Eigentümer der Fischerbarke stand am Steuerrade und betrachtete mit unwirscher Miene seine Leute. Er war ein rauher Geselle, dem die Arbeit immer zu wenig, der Lohn stets zu hoch war. Niemals war er zufrieden zu stellen. Er fluchte den ganzen lieben Tag wie ein Grenadierfeldwebel...

"Was nur der alte Brumbär hat?" fragte einer der Matrosen den Steuermann.

"Er möchte am liebsten das ganze Meer mitnehmen, damit andere nichts bekommen," meinte der Steuermann. "Lass ihn schimpfen! Zieht an! Ho-ruck!! Zieht an! Ho-ruck!!"

Die netze wurden gehoben, und der Hohlraum der Barke füllte sich mit Fischen.

"Hole mir eine Flasche Rum!" schnauzte der Schiffsherr den jüngsten seiner Matrosen an. "Rasch! Eins, zwei, drei... !"

Der Matrose wollte seine Arbeit verlassen. Man gab den Netzen gerade den letzten Hub. Ho-ruck! Ho-ruck! Die Seile waren gespannt - ein Zeichen guter Beute.

"Bleib' bei deiner Arbeit!" keuchte der Steuermann, an den Stricken zerrend, dem jungen Burschen zu. "Wir wollen zuerst die Netze hochziehen."

Der Mann blieb. Schweisstropfen liefen ihm über das raue Gesicht.

"Teufel! Kreuz und Donnerwetter!" fluchte der Fischer. "Hast du nicht gehört, was ich dir befohlen haben?"

"Lassen Sie ihn bei der Arbeit!" sagte ruhig der alte Steuermann. "Wir heben erst die Netze aus, dann kann er gehen. Sie werden inzwischen schon nicht verdursten!"

"Ich habe Sie nicht um Rat gefragt!" brüllte der Schiffsherr. "Wenn ich befehle, habt Ihr zu gehorchen."

"Nicht immer, Herr", erwiderte der alte Steuermann gemächlich. "Die Arbeit ist unsere Sache, und dabei haben wir wohl auch noch ein Wort zu sagen!" Bei diesen Worten lachten die Matrosen aus voller Kehle. Vom Zorne übermannt sprang der Eigentümer auf den jungen Burschen zu und schlug ihm ins Gesicht. Der Matrose, obwohl kräftig und geschickt, glitt aus und fiel in den mit Fischen gefüllten Raum der Barke... Die gebräunten Gesichter der rauhen Männer wurde noch dunkler... "Der Herr befiehlt," schrie wütend der Eigentümer. "Und Ihr habt zu gehorchen, Bande!"

Der Steuermann liess das hochgezogene Netz ins Wasser zurückgleiten und sagte mit drohender Stimme: "Nein! Die Mannschaft steht unter meinem Befehl. Verstanden!"

"Du bist ein alter Maulheld, ein Faulpelz, wie Deine Matrosen! Fressen wollt Ihr und einen hohen Lohn... Herr bin ich..."

"Genug! Machen Sie Ihre Arbeit selbst!" schrie der Steuermann. "Die Hände gekreuzt, Leute, und komme, was da will, ohne meinen Befehl wird nichts ange-

griffen."

Die fünf Männer standen da mit gekreuzten Armen...

"Bah!" lachte der Schiffsherr, "steht nur da, solange Ihr wollt! Ich werde Euch schon zeigen, dass ich auch allein fertig werde. Ich brauche Euch nicht.." Damit machte er sich an die Arbeit.

"Wir werden bald den Sturm auf dem Halse haben," erklärte der Steuermann seinen Leuten. "Was sich auch ereignen mag, aushalten, Burschen!..."

Nicht lange danach begann der Tanz. Der Sturm heulte über dem Meere, die Wellen türmten sich wütend und schäumend und schlugen wild auf die kleine Fischerbarke ein, die wie eine leichte Nusschale einhertanzte und jede Sekunde umzuschlagen drohte... Der Sturm pfiff das Lied des Todes in den straff gespannten Segeln... Der Schiffsherr stand am Steuerrade... Verzweifelt fluchte er: "Helft doch, Ihr Räuberbande! Hunde! Hunde! Es geht auch um Euer Leben!..."

Die Männer standen da, stumm, bewegungslos und mit gekreuzten Armen. Jeder blickte dem Tod in die Augen, aber keiner rührte sich...

Die Wogen schlugen höher, die tobenden Wellen petschten das kleine Schiff, und in diesem Kampfe der Elemente musste die Katastrophe jeden Augenblick hereinbrechen... Der Schiffsherr rang die Hände. "Helft, Ihr Männer! Um Gottes willen, helft! Wir sind verloren! Der Allmächtige erbarme sich unser!" Dabei bekreuzigte er sich.

Der Steuermann blickte seine Leute an. Stumm standen sie da, furchtlos und entschlossen.

"Alle Mann an Bord!" klang seine gewaltige Stimme. Er eilte an das Steuerrad und gab gelassen seine Befehle. Sie wurden rasch durchgeführt... Das Schiff änderte seine Richtung. Das Gleichgewicht wurde hergestellt, und unter dem Drucke des Steuerrades wich das Schiff leicht den Wellen aus. Die Barke flog dem Lande zu...

Beschämt stand der Schiffsherr vor seinen Leuten. "Verzeiht, Ihr Männer", sagte er gerührt. "Teufel! Teufel! Es war aber auch die höchste Zeit! Wir waren schon beinahe verloren! Habt Dank, im Namen meiner Familie..."

"Genug, Herr, genug!" erwiderte der Steuermann. "Es geschah nicht allein um Thretwillen. Weib und Kind haben auch wir... Merken Sie sich das, Herr!..."
Bodo M. Vogel.

Berliner Theater.

Aus Berlin wird uns geschrieben: Das beachtenswerteste Ereignis im Berliner Theaterleben der letzten Wochen war nicht eine Aufführung, sondern eine Verhandlung vor dem Bühnenschiedsgericht, bei der es sich um das Recht zur Uraufführung des nächsten - bisher noch garnicht einmal fertig vorliegenden - Werkes von Ferdinand Bruckner handelte, und bei der man zugleich das schon legendär gewordene Geheimnis um die Persönlichkeit dieses Dramatikers lüften zu können glaubte. Das ist nun freilich nicht gelungen. Immerhin ergab sich eine gewisse Wahrscheinlichkeit für die Annahme, dass dieser Dichter in Wirklichkeit - - Theodor Tagger heisst. Wer ist Theodor Tagger? Vor dem Kriege - so lange ist das schon her - konnte man gelegentlich sehr gute Gedichte von Tagger lesen. Nach dem Kriege - von 1922 bis 1927 - war Tagger Direktor und Regisseur des neugegründeten "Renaissance-Theaters" in Charlottenburg. Seit zwei Jahren hat man nichts mehr von ihm gehört; Gustav Hartung ist sein Nachfolger an der genannten Bühne geworden. Als Theaterdirektor hat sich Tagger mit bedauerlich geringem äusserem Erfolge um die Durchführung eines literarisch wertvollen und eigenartigen Spielplans bemüht. Man könnte ihm also wohl die Autoschaft der "Krankheit der Jugend" und der "Verbrecher" zutrauen. Erinnerung man sich freilich seines stets mürrischen und abweisenden Gesichtsausdrucks, so steigen

einem wieder Zweifel auf. Jedenfalls dürfte nun aber wohl die Entdeckung des Geheimnisses um Ferdinand Bruckner, nachdem man ihm einmal auf der Spur ist, nicht mehr lange auf sich warten lassen.

Von den Aufführungen der letzten Zeit ist leider einstweilen noch immer nicht viel Gutes zu berichten. Es scheint fast, als wollte man sich um den Nachweis bemühen, dass auch die nach wie vor so stark bevorzugten Ausländer recht schwache Stücke schreiben. Da hat sich der Amerikaner Robert C. Sherwood in seinem Stücke "Hannibal ante portas", mit dem das "Theater in der Königgrätzerstrasse" die neue Spielzeit eröffnete, an einer parodistischen Komödie versucht, bei der sich der Hinweis auf das grosse Vorbild Shaw schlechterdings nicht unterdrücken lässt. Dass der Verfasser die historischen Ereignisse von Hannibals Zug gegen Rom ohne ersichtlichen Grund höchst willkürlich durcheinander wirft, mag noch hingehen. Aber die Schilderung des erotischen Abenteurers, das den erfolgreichen karthagischen Feldherrn bewegt, vor den Toren Roms umzukehren, entbehrt jeder Motivierung und zeigt einen erstaunlichen Mangel an Geist und Witz in der Charakterisierung der Personen und im Dialog. Mit lederner Zähigkeit schleppt sich die Handlung mühsam von einer faden Pointe zur andern. Da stehen selbst so glänzende Schauspielvirtuosen wie Ernst Deutsch und Maria Bard auf verlorenen Posten.

In der andern Barnowsky-Bühne, im "Komödienhaus", gibt es nun freilich das Werk eines deutschen Autors, das Lustspiel "Scribbys Suppen sind die besten" von Julius Berstl. Die Tochter eines schwerreichen Suppenextraktfabrikanten, die, um ein langweiliges Leben in Müsiggang mit einem erspriesslichen Leben in harter Arbeit zu vertauschen, ihrem Vater durchbrennt, und sich unerkannt bei der Konkurrenzfirma als Gemüseputzerin einstellen lässt, gewinnt dank ihrer Anmut und Intelligenz die Gunst des Juniorchefs wie des Seniorchefs in so hohem Masse, dass sie schliesslich von Vater und Sohn mit Heiratsanträgen bestürmt wird. Sie schlägt jedoch, nachdem ihre wahre Persönlichkeit von einem unglaublich findigen und windigen Reporter entdeckt worden ist, alle Anträge aus, um ein unabhängiges, modernes Weib zu bleiben. Das Stück strotzt von Unwahrscheinlichkeiten und Plattheiten, aber es bietet in der Figur des Journalisten eine Bombenrolle für den zierlichen, knochenweichen Groteskkomiker Curt Bois, der die Zuschauer zu fortgesetzten, schallenden Lachstürmen hinreißt und dadurch dem Stück eine vortrefflich unterhaltende Wirkung verbürgt.

Ein im Grunde recht schwaches Stück ist auch die gegenwärtig in den "Kammer spielen" aufgeführte französische Komödie "Der Unwiderstehliche" von Paul Géraldy und Robert Spitzer. Das ewige Thema von Eheirrung, Jungmädchenschwärmerei und sieghafter Macht eines hübschen, vollendet eleganten, reichen Nichtstuers über alle Frauenherzen ist hier gar zu schablonenhaft und spannungslos behandelt. Aber in den beiden letzten Akten stehen ein paar ernsthafte Liebeszenen von einer Grazie, einer psychologischen Feinheit und einer Innigkeit, deren eindringlicher Wirkung man sich - zumal bei der erlebnistiefen Verkörperung der Hauptrollen durch Grete Mosheim und Harald Paulsen - nicht leicht zu entziehen vermag.

Wirklich genussreiche Aufführungen - freilich älterer Werke - bekommt man in der "Volksbühne" und in den Staatstheatern zu sehen. Der neue Direktor der "Volksbühne", Karl Heinz Martin, konnte schon durch die Wahl des Stückes, mit dem er seine Tätigkeit begann, des stürmischen Revolutionsdramas "Dantons Tod" von Georg Büchner, bei seinem Publikum eines starken Erfolges sicher sein. Manche Einzelheiten der Aufführung könnte man sich ja szenisch und dramaturgisch noch wirksamer denken. Im ganzen jedoch sind die Charaktere der Hauptpersonen, die Atmosphäre des Zeitalters der französischen Revolution und der wichtige Rhythmus der Verhandlungen des Konvents und des Revolutionstribunals so plastisch herausgearbeitet, dass das heisse revolutionäre Temperament des Dichters und seines Werkes zu bester Geltung kommt.

Ein grosses Verdienst erwarb sich das Staatliche Schauspielhaus mit der

Neueinstudierung des Schauspiels "Hans im Schnakenloch" von René Schickele. Nicht allein die echte, objektive Charakterisierung der Zwiespältigkeit des zwischen zwei Völkern stehenden Elsässertums und die Verlebendigung der historischen Tragik im Schicksal des elsässischen Volkes sichern dem Werke einen überragenden Wert. Auch unabhängig vom stofflichen Gehalte weist das Stück eine sichere, lebenserfüllte Zeichnung der Personen, eine überzeugende Motivierung und packende Entwicklung der Handlung und eine dichterische Feinheit der Stimmungsreize auf, die dem Werke Dauerbestand in der deutschen dramatischen Literatur verbürgen. Dank der ausgezeichneten Besetzung der Hauptrollen traten zudem einige offenkundige Mängel der Regie nicht nennenswert in Erscheinung. Eine gute Regierarbeit hat der bewährte Theaterroutrinier Emil Rameau im Staatlichen "Schillertheater" mit der Neueinstudierung des Satyrspiels "2 x 2 = 5" von Gustav Wied geleistet. Die dramatische Technik dieses dänischen Komödiendichters wirkt ja heute schon leicht angestaubt, aber seine treffende Satire auf den Gesinnungswandel aus Nützlichkeitsgründen ist von ewiger Aktualität, und die flotte, spannungsreiche Führung und die humorvolle Pointierung der Handlung sichern dem Werke immer noch eine höchst vergnügliche unterhaltende Wirkung.

Bz.

Herbstspaziergang durch Potsdam.

SPD. Der Park von Sanssouci lockt mit seinen vielen alten Laubbäumen die Berliner, die rund um ihre Reichshauptstadt fast nur Nadelwälder zu sehen kriegen, im Herbst hinaus. Sie haben es gewöhnlich furchtbar eilig, durch die Stadt Potsdam zu kommen nach dem "königlichen Weinberg". Das ist schade: gerade die Stadt mit ihrer näheren Umgebung bietet viel Interessantes und weiss allerhand von den Hohenzollern zu erzählen. Man kann es ruhig darauf ankommen lassen - es sind nicht eitel Ruhmesfanfaren, wie uns byzantinische Geschichtsschreiber und Journalisten glauben machen möchten. Im Gegenteil: das wenige Gute, das Hohenzollern hier geschaffen haben, ist durch Hohenzollern wieder verhunzt, zum mindesten verdunkelt worden.

Ehe man nach dem schönsten Bauwerk der Stadt kommt, nach dem Stadtschloss, wird die Begeisterung schon stark abgekühlt durch die beiden schauerlichen Brücken, über die man vom Bahnhof aus in das Stadttinnere gelangt. Darauf stehen nichts als brandenburgische und preussische Soldaten aus drei Jahrhunderten und auf der Insel zwischen den Brücken steht ein ganz besonders schlimmes Denkmal Kaiser Wilhelms zu Pferde in voller Kriegsbemalung. Es ist, als sollte man, anstatt auf eine Stadt, auf eine Kaserne vorbereitet werden. Hat man das verwunden, so steht man freilich vor einem Wunderwerk. Ein Genie spricht zu uns: Georg Wenzeslaus von Knobelsdorff. Seine Grösse zeigt sich vor allem im Umbauen, der schwierigsten und heikelsten Aufgabe, die einem Architekten gestellt werden kann. In dem Schlosse für den Kronprinzen Friedrich in Rheinsberg hatte Knobelsdorff bereits sein Gesellenstück geliefert und gezeigt, wie er umzugestalten verstand. In Potsdam fand er ein finsternes, unwohnliches Wasserschloss vor und daneben eine Sandwüste, in die der gekrönte Feldwebel, Friedrich Wilhelm I., die Parkanlagen seiner Vorgänger verwandelt hatte, um gleich neben dem Schlosse einen recht grossen Exerzierplatz zu haben.

Knobelsdorff behielt den geschlossenen rechteckigen Grundriss und das "Fortunaportal" nach dem Marktplatze zu bei, lockerte aber im einzelnen die Baumasse auf durch Vor- und Rücksprünge, durch eine Dachbalustrade und durch Figuren darüber. Der Auflösung der Masse nach oben entspricht die nach den Seiten. Herrliche Säulengänge, wie Knobelsdorff sie schon in Rheinsberg verwen-

det hatte, und wie er sie gleichzeitig an der Rückseite des Schlosses Sanssouci verwendete, lassen die Mauern wohlthuend ausklingen und dienen als Durchfahrt von der Strasse her, zugleich als Verbindung mit dem langgestreckten Marstallgebäude. Der Exerzierplatz bleibt, wird aber eingeschränkt durch einen französischen Park mit Fontäne. Nach der Tiefe zu wird der geräumige Hof, der so zwischen Schloss, Marstall und Park entsteht, weitergeführt durch die mit Bäumen bepflanzte Breite Strasse, die von dem einspringenden gewaltigen Turm der Garnisonkirche unterbrochen wird, sich dann über eine zierliche Brücke jenseits des Kanals fortsetzt und schliesslich mit dem mit Obelisken geschmückten Plätzchen am "Neustädter Tor" seinen Abschluss findet. So sind Schloss und Lustgarten, Breite Strasse, Garnisonkirche und Torplatz zu einem harmonischen Komplex zusammengeschlossen.

Musste ein Architekt, der eine solch wundervolle städtebauliche Leistung vollbracht, mit den klassischen Tempelgiebeln des Stadtschlosses überdies noch dem Marktplatz sein Gesicht geben und den "königlichen Weinberg", Schloss und Park von Sanssouci, geschaffen hatte, nicht mit Gold aufgewogen, in Watte gepackt werden? Aber der Herrscher, für den er alles dieses schuf, war nicht der Kunstfreund und Mäzen, als den ihn die Schwarz-Weiss-Roten hinstellen. Er war ein eigensinniger, vom Cäsarenwahn besessener Dilettant. Er wollte, genau wie 150 Jahre später sein Nachfolger, Wilhelm der Zweite und Letzte, alles besser verstehen als seine "Untertanen". Knobelsdorff riet ihm, unter das Schlösschen Sanssouci einen Sockel zu schieben und dadurch den einstöckigen Bau für die Unteransicht bedeutender zu machen und zugleich vor Feuchtigkeit zu schützen. Umsonst: der König bestand auf seinem Kopf und verpfuschte Knobelsdorffs Plan. Dann bekam Fridericus den Einfall, anstelle der einfachen, zweckmässigen Bürgerhäuser, die unter seinem Vater gebaut worden waren, protzige italienische Palastfassaden hinzustellen, damit seine Besucher denken sollten, die Einwohner der Residenz hausten wie die Fürsten. Diesmal weigerte sich der grosse Baumeister ganz entschieden, weil er es nicht verantworten konnte, einen solchen Kulissenschwindel mitzumachen und Potemkinsche Dörfer vorzutäuschen. Er fiel deshalb in Ungnade, und es fanden sich kleinere Geister: ein Gontard, ein Manger, ein Bouman, die des Königs Befehl vollzogen und ein märkisches Italien herzauberten. Es war fauler Zauber. In Potsdam gibt es ganze Strassen, die wie schlechte Theaterdekorationen wirken. Der fridericianische Barock, den Knobelsdorff so wundervoll eingeleitet hatte, ging immer mehr vor die Hunde. Die Kuppel des Militärweisenhauses ist schlecht - aber das Elendeste, was diese Architektenkulis geleistet haben, ist doch das Neue Palais: ein widerwärtiger Protzenbau, an dem kein Stück zum andern passt, unruhig und überladen. Zwölf Millionen Taler wurden dem durch sieben Jahre Krieg und Verwüstung ausgesogenen Lande für dieses Vorgeschmäckchen wilheminischen Kitsches ausgepresst.

Das Schlechte aus der friderizianischen Aera hat man pietätvoll erhalten, das Gute wurde verschandelt. Friedrich Wilhelm II., das Opfer der Gräfin Lichtenau und okkultistischer Gauner, hatte nichts Eiligeres zu tun, als Knobelsdorffs Kolonnade, die den Hauptweg des Parks von Sanssouci unterbrach, abzureissen und das Material für sein "Marmorpalais" zu verwerten. Friedrich Wilhelm III. liess das Theater aus dem Stadtschloss herausreissen, wie 100 Jahre später Wilhelm II. das Schlosstheater in Charlottenburg ohne jeden Grund zerstört hat. Ausserdem hat dieser blöde Gamaschenhengst einem Friedrich Schinkel den Plan zu seiner Nikolaikirche verpfuscht und die sinnlosen vier Türmchen an die Ecken des viereckigen Kastens setzen lassen, den Schinkel gar nicht als Unterbau haben wollte. Was dann Willi der Bauwütige noch hätte verschandeln können, das hat ihm alles der Grossonkel Friedrich Wilhelm IV. vorweggenommen. Als hätte dieser "Romantiker auf dem Bron" keinen leeren Fleck sehen können, hat er auf alle Anhöhen rings um Potsdam seine gelben Backsteinbauten hingepflanzt. Der Pflingstberg, der Ruinenberg, das Orangerieschloss - all dieses überflüssige, hohle und nur auf den Schein berechnete Kulissenzeug lässt wie die bayerischen Königsschlösser Ludwigs II. - auf einen irrsinnigen Bauherrn

schliessen.. Wie viel schöner wäre Sanssouci und seine Umgebung ohne diese Wahnsinnsdenkmäler!

Das Preussische Ministerium, das dafür zuständig ist, hat in anerkennenswerter Weise die ärgsten Zutaten zu dem historischen Bilde des Schlosses und Parks von Sanssouci entfernen lassen. Alles zu beseitigen, was die angeblich so kunstsinnigen Hohenzollern im Laufe des 19. Jahrhunderts an diesem ursprünglich so herrlichen Landschafts- und Architekturbilde gesündigt haben, hiesse den Stall des Augias ausmisten... Hermann Hieber.

Kiebitze.

SPD. Den Kartenkiebitz kennen wir: er hätte bestimmt den Grand aus der Hand gespielt und mit Pique zehn geschnitten.

Den Schachkiebitz kennen wir ebenfalls: er weiss, dass Capablanca auf Laufer c 6 Springer b 7 spielt; er kennt alle Grossmeister bis zu Dr. Lasker persönlich; er eröffnet lieber "spanisch" als "indisch"; er raucht unendlich viele Zigaretten und macht ein ungeheuer sachverständiges Gesicht. Er fehlt auf keinem Turnier und zeigt den Teilnehmern "interessante" Stellungen. Er sagt dem Nebemann die Züge von Bogoljuboff vorher leise ins Ohr und behauptet, Tartakower könne nach dem nächsten Zuge "baden gehen nach Elkisch". Was ins Hochdeutsche übersetzt heisst: die Partie steht miserabel.

Hat ein anderer nicht seine Meinung, so ist er ein Patzer... oder: sowas von "Gleiwonzes-Partie" hätte er noch nicht gesehen! Gleiwonzes ist ein von ihm selbst gebildetes Wort, und genau weiss kein Mensch auf der Welt, was das heisst. Gleiwonzes sind eben Gleiwonzes! Der Schachkiebitz ist unhöflich; ausserdem kann er in den seltensten Fällen Schach spielen. Aber das gehört zum Beruf.

Kennen Sie den Kiebitz bei Dr. Meyer? Er ist gross, blond, schlank und bezieht seine Krawatten prinzipiell aus "Old England". Er sitzt täglich eine Stunde beim Friseur. Er erzählt die neuesten Witze und lächelt "egal bezaubernd". Er ist bei jeder Premiere, Er ist ein "interessanter" Mensch. Der Frau Doktor bringt er Blumen.

Wenn der Herr Doktor dabei ist, küsst er ihr die Hand... wenn der Herr Doktor verreist ist, irrt er sich - und küsst ihr den Mund...

Was er tut? Er kiebitzt bei Doktor Meyer!

Flodoard.

SPD. Erdbebenmessung. Erdbeben kommen in Deutschland selten vor; aber auch bei uns führt die Erde allerhand feine Bewegungen aus, die von den Gelehrten beobachtet werden wollen. Zu diesem Zweck werden in tiefen Kellern besondere Apparate aufgestellt, die photographisch noch Erschütterungen aufweisen, die nicht mehr als den vierhundertsten Teil eines Millimeters ausmachen. Auf einem leichtempfindlichen Blatte werden zeilenweise gerade Linien aufgezeichnet, solange alles ruhig ist; sobald aber die geringsten Erschütterungen auftreten, entstehen Ausschläge der Linien nach oben und unten. Mit einer solchen Vorrichtung kann man z.B. nachweisen, dass auch in der festen Erdrinde - allerdings ganz schwach - Flut und Ebbe auftreten. Und selbst ein auf der anderen Seite der Erde auftretendes Erdbeben lässt sich mit einem solchen Erschütterungsmesser oder "Seismographen" noch feststellen.

SPD. Die schwierigere Arbeit. Ein Dichterling hatte eine Tragödie verfasst und sie an Voltaire zur Beurteilung übersandt. Voltaire schrieb ihm: "Schwierig ist nicht, so etwas zu verfassen, Schwierig ist, ein Urteil darüber abzugeben."